



Geschäftsbericht 2005



**Deutsche
Rentenversicherung**

Rheinland

KENNZAHLEN

Stand 31.12.2005

		2001	2002	2003	2004	2005
Summe der Vermögensrechnung	TEUR	1.986.942	1.963.279	1.951.138	2.013.564	1.397.232
Reinvermögen	TEUR	1.512.841	1.442.456	1.321.061	1.147.938	844.377
Summe der Erfolgsrechnung	TEUR	13.507.026	14.056.846	14.124.830	14.137.029	11.858.648
Überschuss der Erträge	TEUR	28.295	0	0	0	0
Überschuss der Aufwände	TEUR	0	70.386	121.395	173.123	303.561

Einnahmen	TEUR	13.507.026	13.986.461	14.003.436	13.963.905	11.555.087
Beiträge	TEUR	8.667.523	8.765.128	8.663.325	8.648.933	6.373.743
Bundesmittel	TEUR	4.460.707	4.859.437	5.245.128	5.307.893	4.498.432
Finanzausgleich	TEUR	244.143	218.107	-40.946	-109.716	591.575
Sonstige Einnahmen	TEUR	134.652	143.789	135.929	116.795	91.338

Ausgaben	TEUR	13.478.732	14.056.847	14.124.830	14.137.029	11.858.648
Leistungen zur Rente	TEUR	12.990.636	13.536.093	13.600.980	13.610.264	11.356.957
Leistungen zur Teilhabe	TEUR	278.490	287.646	290.067	274.567	268.289
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	TEUR	203.770	222.112	221.507	219.240	220.416
Sonstige Ausgaben	TEUR	5.836	10.996	12.276	32.957	12.986

Beratung und Antragsaufnahme	Tsd.	476	513	567	636	630
Rentenbewilligungen	Tsd.	104	88	89	86	83
Bewilligungen von Leistungen zur Teilhabe	Tsd.	83	56	58	58	61

Zahl der Rentenempfänger	Mio.	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Zahl der Versicherten	Mio.	6,7	6,8	7,0	7,5	7,5

Zahl der Mitarbeiter		4.602	4.671	4.650	4.611	4.564
----------------------	--	-------	-------	-------	-------	-------



**Deutsche
Rentenversicherung**

Rheinland

VORWORT	7
LAGEBERICHT	
Marktentwicklung	8
Externe Services	18
Versichertenservice	19
Rentenservice	24
Rehabilitationsservice	30
Rechtsbehelfe	38
Öffentlichkeitsarbeit	40
Interne Services	46
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	47
Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik	56
Qualitätssicherung	59
JAHRESABSCHLUSS	
Vermögensrechnung	68
Erfolgsrechnung	70
STATISTIKEN	72
ORGANE	
Vertreterversammlung	83
Vorstand	85
Geschäftsführung	86
SERVICE-ZENTREN UND KLINIKEN	87
VERSICHERTENÄLTESTE	92
ORGANISATIONSPLAN	99

VORWORT

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

erstmalig präsentieren wir unseren Geschäftsbericht unter neuem Namen und mit einem neuen Erscheinungsbild. Was die *Deutsche Rentenversicherung Rheinland* auszeichnet, ist zunächst ein genauso umfassendes Leistungsangebot, wie Sie es von der ehemaligen LVA Rheinprovinz kennen. Kundennähe, Wirtschaftlichkeit und Effizienz – dieser Dreiklang prägt schon lange unser Selbstverständnis und bestimmt auch in Zukunft unser Handeln.

Mit der Organisationsreform, die seit Oktober 2005 alle Rentenversicherer unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung zusammenbringt, haben wir unsere Services jedoch noch weiter optimiert. Die neue unternehmerische Ausrichtung kommt uns in jeder Hinsicht zugute: Verwaltungsabläufe sind einfacher und schneller geworden, unseren Kunden können wir kürzere Wege zu einer erstklassigen Beratung rund um die Themen Alterssicherung und Rehabilitation bieten. Schließlich profitieren wir auch vom Wettbewerb unter den Regionalträgern, denn er entfacht unseren Innovationsgeist und stärkt das Qualitätsdenken.

So entspricht unser neuer gemeinsamer Internetauftritt dem wachsenden Bedürfnis von Versicherten, Arbeitgebern und Rentnern nach schnell zugänglichen und flexiblen Kommunikationsangeboten. In unseren Service-Zentren sind wir mit der Deutschen Rentenversicherung Bund, der ehemaligen BfA, enger zusammengerückt. Künftig sind wir für das gesamte Netz der Auskunfts- und Beratungsstellen in unserer Region allein verantwortlich.

Wir haben unserem Unternehmen ein klares Profil gegeben und positionieren uns mit der neuen Marke „Deutsche Rentenversicherung Rheinland“. Die nächste Herausforderung liegt darin, die Verwaltungskosten in den kommenden fünf Jahren um rund 10 Prozent zu verringern. Wir sind überzeugt, dass wir mit unseren Kompetenzen und unserer Leistungsfähigkeit auch diese Aufgabe meistern werden – gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch mit unseren Geschäftspartnern.



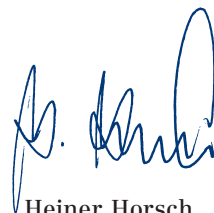
Walter Haas

Vorstandsvorsitzender



Günter Mauer

Vorstandsvorsitzender



Heiner Horsch

Vorsitzender der Geschäftsführung

LAGEBERICHT

Marktentwicklung

8

Das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung: Zum 1. Oktober 2005 haben sich alle Rentenversicherungsträger unter einem gemeinsamen Dach zur Deutschen Rentenversicherung zusammengeschlossen. So können wir Beratung und Service weiter ausbauen und damit unser Profil als moderner, kundenorientierter Dienstleister weiter schärfen. Nicht mehr zeitgemäße Regelungen wie die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten wurden abgeschafft, Strukturen und Verfahrensabläufe vereinfacht. Wir werden unsere mit 1,7 Prozent der Gesamtausgaben bereits heute sehr niedrigen Verwaltungsausgaben bis zum Jahr 2010 um weitere 10 Prozent reduzieren. Mit diesen zukunftsweisenden Weichenstellungen bleibt die Rentenversicherung weiterhin die wichtigste und stärkste Säule der Alterssicherung in Deutschland.

Zum einheitlichen Auftritt der Rentenversicherungsträger gehörte auch eine Änderung ihrer Namen. So wurde die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zum 1. Oktober 2005 in Deutsche Rentenversicherung Rheinland umbenannt. Damit dokumentieren wir unsere Zugehörigkeit zur gemeinsamen Dachmarke Deutsche Rentenversicherung.

Finanzielle Auswirkungen der Organisationsreform auf die Deutsche Rentenversicherung Rheinland

Das Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung hatte im Berichtsjahr erheblichen Einfluss auf unsere finanzielle Ausstattung und auf das Volumen von Einnahmen und Ausgaben. Durch die Neuregelung wurde die bisherige regionale Zuständigkeit für die Lenkung der Zahlungsströme abgeschafft und im Wesentlichen durch ein nach Pflichtversicherten gesteuertes pauschales Verteilsystem der Pflichtbeiträge ersetzt, die 80 Prozent der gesamten Beitragseinnahmen ausmachen. Dies führte für die Deutsche Rentenversicherung Rheinland zu einem erheblichen Rückgang der Einnahmen.

Die Erfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 2005 weist als Folge mit einem Einnahmenvolumen von rund 11,6 Milliarden Euro Mindereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 2,4 Milliarden Euro aus; dies entspricht einer Verringerung um 17 Prozent. Die Ausgaben sanken im selben Zeitraum von 14,1 Milliarden Euro um 16 Prozent auf 11,9 Milliarden Euro.

Entwicklung der Liquidität 2005

Liquidität und Nachhaltigkeitsrücklage in der Rentenversicherung werden unter

anderem durch die Festsetzung des Beitragsatzes beeinflusst. Dieser blieb 2005 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zusätzlich löste die Organisationsreform durch die Änderung der Zahlungsströme der Pflichtbeiträge auch erhebliche Veränderungen der liquiden Vermögensposten bei den einzelnen Versicherungsträgern aus.

Die Liquidität der Deutschen Rentenversicherung Rheinland verringerte sich im Berichtsjahr drastisch, nämlich von 0,18 Monatsausgaben oder rund 155 Millionen Euro Ende 2004 auf nur noch 0,04 Monatsausgaben oder rund 33 Millionen Euro Ende 2005. In den Monaten August bis Oktober 2005 waren die verfügbaren Mittel zum jeweiligen Monatsende sogar auf rund 11 Millionen bis 17 Millionen Euro gesunken.

Organisationsuntersuchung der Produktionsbereiche

Im Juli 2003 hatten wir eine Organisationsuntersuchung in den Bereichen Versicherung, Rente Antrag, Rente Bestand und Rehabilitation sowie Auskunft und Beratung durchgeführt. Untersucht wurden dabei ausgewählte Sachbearbeitungsbereiche in den Service-Zentren Köln, Krefeld und Mönchengladbach sowie ein Rentenbestandsdezernat. Bei der Analyse wurden wir von der Firma BSL Managementberatung

begleitet. Ziel der Untersuchung war es, die Daten für die Personalbemessung zu aktualisieren sowie die Arbeitsabläufe auf ihre Effektivität, ihre Effizienz und ihre Einsparpotenziale hin zu untersuchen.

Nach der Auswertung der erhobenen Daten können in den untersuchten Bereichen insgesamt zirka 170 Stellen eingespart werden. Die Praktikabilität der neuen Arbeitsabläufe sowie die veränderten Strukturen in der Sachbearbeitung wurden in der Zeit vom 1. Februar bis zum 30. September 2005 in verschiedenen Arbeitsbereichen der Service-Zentren Duisburg, Mönchengladbach, Leverkusen und Gummersbach wie auch im Rentenbestandsdezernat in Düsseldorf getestet. Dabei hat sich gezeigt, dass die im Soll-Konzept enthaltenen Vorschläge umgesetzt werden können. Die neuen Abläufe und Strukturen werden nun sukzessive auf alle weiteren Bereiche und Standorte übertragen.

Digitale Akte

Die konventionelle Aktenaufbewahrung in Papierform ist sowohl mit hohen Kosten als auch mit einem hohen Zeitaufwand verbunden, da verschiedene Abteilungen an der Bearbeitung beteiligt sind und die Akten dazu hin und her transportiert werden müssen. Deshalb hatten wir uns 2003 als

**Einsparung von
170 Stellen**

erster Rentenversicherungsträger entschlossen, ein elektronisches Aktenarchiv für den gesamten Aktenbestand einzurichten.

Im Januar 2005 wurde die Digitalisierung des gesamten Altaktenbestandes termingerecht abgeschlossen. Ebenfalls rechtzeitig abschließen konnten wir die Einrichtung einer eigenen Digitalisierungsstelle im Zentralarchiv. Seit Januar 2005 werden hier alle neu entstehenden und aufzubewahrenden Akten nach entsprechender Vorbereitung gescannt, qualitätsgesichert, signiert und in elektronischer Form gespeichert. Damit werden grundsätzlich keine körperlichen Akten mehr archiviert. Hiervon ausgenommen sind nur solche Akten, auf die häufiger zugegriffen werden muss.

Elektronisches Archiv im Praxisbetrieb

Auch die Sicherung von Bescheidzeitschriften soll künftig ausschließlich in der digitalen Akte geschehen; die entsprechenden Vorarbeiten stehen kurz vor dem Abschluss. Im Jahr 2006 werden wir zudem die Möglichkeit schaffen, E-Mails und deren Anhänge digital zu speichern. Dies wird der letzte Schritt der Umstellung auf die optische Archivierung sein.

Projekt digitale Vorgangsbearbeitung und Archivierung („diVA“)

2003 hatten die im Arbeitskreis für Informationstechnologie (AKIT) vertretenen Rentenversicherungsträger in einem gemeinsamen Projekt begonnen, plattformunabhängige einheitliche Dokumentenmanagement- und Workflow-Systeme zu entwickeln. Seit 2004 werden diese bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland getestet, bei der auch die Projektleitung liegt. Dabei werden die Einsatzmöglichkeiten der neuen Anwendungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung ermittelt.

Die Ziele des Projekts sind:

- Verkürzung der Bearbeitungszeiten
- Erleichterung der Bearbeitung von Geschäftsvorfällen
- Verbesserung von Produktivität und Qualität
- Kostenreduktion
- Platzersparnis dank elektronischer Archivierung
- Unterstützung des eGovernments
- Unterstützung neuer Arbeitsformen (zum Beispiel Heimarbeit)
- Verbesserung der Informationsbereitstellung

Nachdem in der ersten Projektphase die Standards und Formate für das Dokumentenmanagement und die Archivierung der elektronischen Dokumente sowie die Struktur der künftigen virtuellen Akte festgelegt worden waren, entwickelten die Beteiligten Feinkonzepte für die digitale Archivierung, die digitale Vorgangsbearbeitung, den Austausch elektronischer Dokumente und Akten sowie den Piloteinsatz der Systeme.

Dieser Piloteinsatz begann im Juni 2005. Nach und nach wurde die Neuentwicklung in Teilbereichen der Service-Zentren Düsseldorf, Duisburg und Krefeld eingesetzt und zunächst 3 Monate lang unter Praxisbedingungen getestet. In dieser Zeit wurden alle 600 eingereichten Anträge auf Regelaltersrente über die neue Anwendung abgewickelt. Zur weiteren Optimierung wurde der Pilot schließlich verlängert und im November auf das Service-Zentrum Köln ausgedehnt.

Nachdem der Praxistest die technische Machbarkeit einer durchgängigen digitalen Vorgangsbearbeitung und Archivierung erwiesen hatte, wurde das Projekt am 21. September 2005 dem Lenkungsausschuss des AKIT präsentiert. Da auch die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung positiv ausfiel, stimmte das Gremium der Fortsetzung des

Projekts zu. Auf Empfehlung der Projektgruppe werden nunmehr weitere Geschäftsvorfälle in die Anwendung einbezogen, und zwar alle übrigen Anträge auf Altersrente sowie die Anträge auf Kontoklärung.

Projekt „Checklisten für die Abwicklung von Geschäftsprozessen“

Zur Unterstützung der Sachbearbeitung und zur Qualitätsverbesserung wurden Checklisten – Eingangs- und Abschlusschecklisten – für die Bereiche Rente, Versicherung und Rehabilitation entwickelt. Sowohl die Aufgabe ihrer Programmierung im Datenverarbeitungssystem der Deutschen Rentenversicherung, dem Gemeinsamen Rentenversicherungssystem (GRVS), als auch die Erprobung in der Praxis wurden der Deutschen Rentenversicherung Rheinland übertragen. Auf Basis der gewonnenen Erfahrungen haben wir die Anwendung praxisgerecht weiter verbessert. Im Juni 2005 wurde das Programm allen GRVS-Anwendern zur Verfügung gestellt. Die weitere Arbeit besteht zum einen in der Pflege und Weiterentwicklung der bestehenden Checklisten (zum Beispiel Berücksichtigung von Gesetzesänderungen) und zum anderen in der Erweiterung der Anwendung um Checklisten für weitere Geschäftsvorfälle.

**Qualitätsverbesserung
durch Checklisten**

Umstellungsarbeiten im Rahmen der Organisationsreform

Im Zuge der Organisationsreform wurde ein neues einheitliches Corporate Design für die Deutsche Rentenversicherung entwickelt. Die mit seiner Einführung verbundenen Umstellungsarbeiten wurden in den Abteilungen Versicherung, Rente und Rehabilitation pünktlich zum Stichtag 1. Oktober 2005 abgeschlossen.

Vorbereitung des Personalübergangs im Bereich von Beratung und Antragsaufnahme

Nach dem Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung (RVOrgG) vom 9. Dezember 2004 sind künftig für den Betrieb der Auskunft- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung allein die Regionalträger zuständig.

**Betrieb der
Auskunfts- und
Beratungsstellen
allein Aufgabe der
Regionalträger**

Der Übergang von Aufgaben und Personal der Auskunft- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung Bund auf die Regionalträger richtet sich nach Artikel 83 Paragraph 3 RVOrgG. Danach hat die Deutsche Rentenversicherung Bund bis zum 30. Juni 2006 ein verbindliches Rahmenkonzept zur Umsetzung des Personalübergangs zu verabschieden, das gewährleistet, dass der Prozess bis zum Ablauf der ersten Wahlperiode der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Bund am

30. September 2011 abgeschlossen ist. Die Regionalträger streben einen möglichst frühzeitigen Übergang an.

Das geforderte Rahmenkonzept wurde bereits im Berichtsjahr unter Beteiligung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland erarbeitet. Rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung Bund werden zur Deutschen Rentenversicherung Rheinland wechseln. Die entsprechenden Vorbereitungen sind bereits im Berichtsjahr angelaufen.

Einführung eines maschinellen Reisekostengutschein-Verfahrens bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

Versicherten, die im Rahmen von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation für die An- und Abreise zur beziehungsweise von der Reha-Klinik die Bahn benutzen möchten, werden vor Beginn der Leistung Fahrkarten und Gepäckbeförderungsscheine zur Verfügung gestellt. Zusammen mit dem Einladungsschreiben der Klinik erhalten sie einen Reisekostengutschein, der etwa 14 Tage vor Beginn der Reha-Maßnahme an unseren Reiseservice-Vertragspartner zu übersenden ist. Der Reiseservice erstellt dann in unserem Auftrag eine ermäßigte Bahnfahrkarte wie auch die Platzreservierung und veranlasst die Gepäckbeförderung.

Um die Fahrkartenbeschaffung über den Reiseservice maschinell abwickeln zu können, werden die benötigten Daten verschlüsselt übermittelt. Aus Datenschutzgründen wird der Reiseservice erst bei Einreichen des Antrags auf Fahrkartenausstellung durch eine PIN auf dem Reisekostengutschein in die Lage versetzt, die Daten des Versicherten zu lesen und zu verarbeiten. Das neue Verfahren bietet außerdem die Möglichkeit, die Rechnungsdaten maschinell zu übermitteln und im zugehörigen Versicherungskonto zu dokumentieren.

Die technischen Voraussetzungen für die Einführung des Verfahrens wurden von den beteiligten Abteilungen Versicherung, Rente und Rehabilitation sowie Rehabilitationsgrundsätze und -einrichtungen fristgerecht bis zum Ende des Berichtsjahrs geschaffen.

Modellprojekt „Persönliches Budget“

– Rehabilitationsnachsorge

Der Gesetzgeber hat den Sozialleistungsträgern die Möglichkeit gegeben, in der Zeit vom 1. Juli 2004 bis zum 31. Dezember 2007 modellhaft das Persönliche Budget zu erproben. Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland hat sich entschlossen, dies in der Zeit vom 1. November 2005 bis zum 31. Dezember 2006 für den Bereich der Nachsorge nach einer Leis-

tung zur medizinischen Rehabilitation zu nutzen.

Mit dem Persönlichen Budget wird behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen die Möglichkeit gegeben, ihren Bedarf an Teilhabeleistungen in eigener Verantwortung und Gestaltung zu decken. Ziel des Persönlichen Budgets ist zum einen, dass die Versicherten stärker als bisher selbst darüber bestimmen können, welche Leistungen sie in Anspruch nehmen, und zum anderen, dass die Leistungsanbieter den Wünschen und Bedürfnissen der Versicherten besser entsprechen.

Die Nachsorgeleistungen werden ambulant und gegebenenfalls berufsbegleitend durchgeführt, um sie in den Alltag der Versicherten einzubinden, und dauern maximal sechs Monate. Als Persönliches Budget wird den Versicherten ein Gutscheinheft ausgehändigt, mit dem sie in allen an dem Modellprojekt beteiligten Reha-Einrichtungen die gewünschten Nachsorgeleistungen erhalten können.

Zukunftskonzept Kliniken

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Kliniken hatte die Deutsche Rentenversicherung Rheinland ab dem Jahr 2000 das „Zukunftskonzept Kliniken“ ent-

Mehr Eigenverantwortung bei Teilhabeleistungen

**Auslastung der
Klinikkette weiter
gesteigert**

wickelt. Das Konzept wurde fortgeschrieben, aktualisiert und weiter umgesetzt. Als positive Folge stieg die durchschnittliche Auslastung unserer Klinikkette im Vergleich zum Vorjahr um 1,39 Prozentpunkte auf 89,62 Prozent. Informationen zur Entwicklung der Auslastung unserer Klinikkette bietet die Tabelle 1 des Statistikeils.

Um auf Dauer eine bessere Verteilung der Fixkosten zu erzielen, hatten wir 2001 beschlossen, die Betriebsgrößen in fünf der sechs Rehabilitationseinrichtungen zu optimieren und zugleich den Anteil der Einbettzimmer deutlich zu erhöhen.

Nachdem die entsprechenden Umbaumaßnahmen in der Aggertalklinik in Engelskirchen bereits im Juli 2004 abgeschlossen werden konnten, haben wir die baulichen Aktivitäten in der Klinik Roderbirken und in der Eifelklinik forciert. Die Lahntalklinik in Nassau zog im dritten Quartal 2005 in ihr neues Domizil um, die vollständig modernisierte Dryander-Klinik in Bad Ems. Patienten und Personal finden dort jetzt optimale Behandlungs- und Versorgungsbedingungen vor. Für die Klinik Niederrhein sind die Vorbereitungen soweit abgeschlossen, dass voraussichtlich im Oktober 2006 mit den Umbaumaßnahmen begonnen werden kann.

Für alle Kliniken wurden in der Vergangenheit Einzelmaßnahmen zur Restrukturierung im medizinischen und im nicht-medizinischen Bereich definiert, die zu einer Senkung der Pflegesätze führen sollen. Rund 81 Prozent dieser Maßnahmen wurden bislang umgesetzt. Nähere Informationen sind der Tabelle 2 des Statistikeils zu entnehmen.

Die Ruhrlandklinik, unser Krankenhaus, hatte im Jahr 2004 ein spezielles Konzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt, das seither sukzessive umgesetzt wird. Der Restrukturierungsprozess befindet sich auf einem guten Weg. In allen Handlungsschwerpunkten – Einführung klinischer Pfade, Optimierung des nicht-medizinischen Bereichs, Neustrukturierung der Ambulanzen und bauliche Neugestaltung der Stationen – wurden im Berichtsjahr deutliche Fortschritte erzielt. Die Klinik wird damit zunehmend besser im Wettbewerb positioniert. Ziel ist es, Bestand und Entwicklungsfähigkeit der Klinik zu sichern.

Belegungskoordination

Zur Sicherung und weiteren Verbesserung der Auslastung sowohl unserer als auch der übrigen Kliniken der Deutschen Rentenversicherung wurde eine trägerübergreifende Handlungsempfehlung erarbeitet.

Deren Umsetzung wird in einem Pilotprojekt getestet, und zwar von den Deutschen Rentenversicherungen Rheinland und Westfalen, der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in der Region West. Die in dem Pilotprojekt gewonnenen Erfahrungen werden in die bundesweiten Überlegungen zur trägerübergreifenden Belegungscoordination einfließen.



Wie viel Sicherheit können wir bieten? Was kann die Rentenversicherung leisten und was in Zukunft nicht mehr? Würde die Alterssicherung nicht noch auf weitere Säulen gestellt, müssten die Beiträge deutlich steigen.

Deshalb sind wir gefordert. Gefordert zum einen, uns für eine gerechte Verteilung der Lasten einzusetzen und jedem Kunden den individuellen Handlungsbedarf so früh wie möglich aufzuzeigen. Und gefordert zum anderen, den Wandel auch selbst zu leben. Heute, nach der Organisationsreform, verfolgt die Rentenversicherung bundeseinheitlich, woran die Deutsche Rentenversicherung Rheinland schon seit Jahren konsequent arbeitet: die gleichzeitige Verbesserung von Wirtschaftlichkeit und Leistung zum Wohl unserer Kunden.



LAGEBERICHT

Externe Services

Soziale Sicherheit an Rhein und Ruhr zu gewährleisten – dies ist die Aufgabe der Deutschen Rentenversicherung Rheinland. Als einer der größten deutschen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung betreuen wir über 7 Millionen Menschen in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens.

Die Dienstleistungen für unsere Kunden, unsere „externen Services“, reichen von der individuellen Beratung in allen Rentenfragen über die präzise Berechnung und Zahlung der Renten bis hin zur medizinischen oder beruflichen Rehabilitation. Dabei trägt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland Verantwortung für rund 12 Milliarden Euro, die sie jährlich einnimmt – und an Leistungen für die Versicherten auszahlt.

Unsere zentrale Aufgabe ist die gesetzlich garantierte Versorgung der Versicherten bei Invalidität oder im Alter. Wir sorgen aber auch für den bestmöglichen Schutz der Familien unserer Kunden. Zum Beispiel durch Witwenrenten, Witwerrenten oder Waisenrenten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung Rheinland kümmern sich um die Versicherten und ihre Familien nicht erst im Rentenfall, sondern schon lange Zeit vorher. Sie stehen den Rentenversicherten an Rhein und Ruhr vom ersten Tag ihres

Arbeitslebens an mit Rat und Tat zur Seite. Jederzeit, wohnortnah und selbstverständlich kostenlos.

Auf den folgenden Seiten berichten wir über die Arbeit der Deutschen Rentenversicherung Rheinland für ihre Kunden im Jahr 2005.

VERSICHERTENSERVICE

Kernpunkte unserer Dienstleistungen für die Versicherten bilden die Beratung, die Antragsbearbeitung, der Versand von Versicherungsverläufen, Feststellungsbescheiden und Renteninformationen, die Führung der Versicherungskonten, der Einzug von Beiträgen sowie die Überwachung

der Beitragsentrichtung. Nachfolgend sind die Ergebnisse unserer Arbeit in diesen Bereichen für das Jahr 2005 zusammengestellt.

Beratung und Antragsaufnahme

Um sich persönlich beraten zu lassen oder einen Antrag zu stellen, stehen unseren Kunden zwei Wege offen: Sie können eines

Beratung und Antragsaufnahme*

Bereich	2005		2004	
	Summe	davon für Deutsche Rentenversicherung Bund	Summe	davon für Deutsche Rentenversicherung Bund
Beratungsbereiche in den Service-Zentren (einschl. Sprechtagel)				
Beratung ohne Antragsaufnahme	246.362	47.276	283.527	51.036
Beratung mit Antragsaufnahme Bereich Versicherung	69.817	25.806	64.411	20.337
Beratung mit Antragsaufnahme Bereich Rente	50.390	12.236	54.065	12.661
Beratung mit Antragsaufnahme Bereich Rehabilitation	3.287	**	2.754	**
Kurzberatungen in allen Bereichen (Sozialversicherungsausweise, Versicherungsverläufe u. Ä.)	70.543	14.748	67.110	11.686
Summe Service-Zentren	440.399	100.066	471.867	95.720
Bürgertelefon	110.890	**	96.129	**
Versichertenälteste				
Beratung ohne Antragsaufnahme	47.657	**	42.836	**
Antragsaufnahme Bereich Versicherung	26.019	1.049	19.292	742
Antragsaufnahme Bereich Rente	5.546	894	5.776	927
Summe Versichertenälteste	79.222	1.943	67.904	1.669
Insgesamt	630.511	102.009	635.900	97.389

* Telefonische und schriftliche Beratungen wie auch Beratungen per E-Mail werden nur im Bereich des Bürgertelefons erfasst.

** Daten werden nicht erhoben.

unserer 13 Service-Zentren besuchen oder sich an die Versichertenältesten wenden, die unsere Versicherten ehrenamtlich betreuen. Für Auskünfte steht ihnen darüber hinaus unser zentrales Bürgertelefon zur Verfügung.

Mit rund 630.000 liegt die Gesamtzahl der Fälle von Auskunft, Beratung und Antragsaufnahmen weiterhin auf hohem Niveau. Damit liegt die Summe der Beratungsleistungen in den Service-Zentren nur knapp unter dem Vorjahresniveau.

Eine detaillierte Aufstellung der Zahlen ist der Tabelle auf Seite 19 zu entnehmen. Darüber hinaus weist die Tabelle aus, in wie vielen Fällen die Deutsche Rentenversicherung Rheinland für die Versicherten anderer Rentenversicherungsträger Dienstleistungen erbrachte. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bei einer Beratung die Möglichkeit, direkt auf die Daten desjenigen Versicherungsträgers zuzugreifen, der das Versicherungskonto führt.

Auch dieses Beratungsangebot wird von den Versicherten sehr gut angenommen: Im Jahr 2005 nutzten allein rund 102.000 Versicherte der Deutschen Rentenversicherung Bund das Dienstleistungsangebot der Deutschen Rentenversicherung Rheinland.

Bürgertelefon

Am Bürgertelefon sind 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz, die unseren Kunden unter der kostenfreien Rufnummer 08 00/100 04 80 13 den ganzen Tag über Auskünfte rund um die Rente erteilen. Sofern eine Frage nicht sofort, das heißt ohne Beteiligung der Sachbearbeitung, beantwortet werden kann, erhält der Kunde die Antwort – nach interner Abstimmung – noch im Laufe desselben Tages, spätestens jedoch am Folgetag. Im Jahr 2005 wurden insgesamt etwa 110.000 telefonische Auskünfte erteilt.

Die Mitarbeiter des Bürgertelefons beantworten neben den telefonischen auch sämtliche E-Mail-Anfragen, die bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland eingehen. Das waren im Jahr 2005 mehr als 7.600 E-Mails.

Antragseingang und Antragserledigung

Im Jahr 2005 wurden rund 448.000 Anträge und sonstige zu bearbeitende Geschäftsvorfälle statistisch erfasst. Rund 438.000 Geschäftsvorfälle wurden abschließend bearbeitet. Der Bestand an unerledigten Verfahren erhöhte sich von rund 66.600 Verfahren zu Beginn des Jahres auf etwa 77.000 Verfahren Ende 2005. Diese Bestandserhöhung ist in erster Linie auf den Versand von Renteninformationen insbesondere der übrigen Rentenversiche-

Träger gegen Jahresende und auf die damit verbundenen Folgearbeiten auch bei uns zurückzuführen.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Antragseingänge und -erledigungen, bezogen auf die Art der Geschäftsvorfälle.

Versicherungsverläufe und Feststellungsbescheide

Im Berichtsjahr versandten wir rund 176.000 Versicherungsverläufe. Dabei handelt es sich um etwa 110.000 Erstversicherungsverläufe und ungefähr 66.000 so genannte Folgeversicherungsverläufe für Versicherte, die letztmals 6 Kalenderjahre zuvor eine entsprechende Aufstellung erhalten hatten. Nachfolgend erstellte und verschickte unsere Sachbearbeitung im Berichtszeitraum ungefähr 114.000 Feststellungsbescheide.

Versicherungskontenführung und Beitrags-einnahmen

Wir sorgen dafür, dass alle Beitragszahlungen präzise verbucht und im persönlichen Versicherungskonto gespeichert werden. Für jede Versicherte und jeden Versicherten. Dies gilt auch für Zeiten der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und der Kindererziehung, die für die Rente zählen. Alles wird detailliert erfasst. So kann später exakt die Rente ermittelt werden, auf die der Versicherte Anspruch hat – und das auf den Cent genau.

Die Datenstelle der Versicherungsträger übermittelt uns eine Fülle von Daten, die für die Versicherungskonten relevant sind: Daten von den Arbeitgebern, den Krankenkassen, der Bundesagentur für Arbeit, dem Bundesverwaltungsamt, dem Bundesamt für den Zivildienst und den Versicherungsträgern des Auslands (innerhalb der EU).

Eingang und Erledigung von Versichertenanträgen nach Art der Geschäftsvorfälle

Entscheidung über	31.12.2005			31.12.2004
	Bestand	Eingänge	Erledigungen	Bestand*
Feststellung von Zeiten	34.386	121.274	122.167	35.279
Versicherungsverläufe	3.332	58.839	58.463	2.956
Rentenauskunft und Renteninformation	14.306	65.919	55.030	3.417
Freiwillige Versicherung	831	7.104	7.178	905
Versicherungspflicht Selbstständiger	8.354	37.586	37.831	8.599
Nachzahlung und Nachversicherungen	190	2.033	2.026	183
Allgemeine Verfahren	7.111	100.737	101.383	7.757
Versorgungsausgleich	8.092	22.561	21.857	7.388
Auskunfts- und Verrechnungersuchen	143	32.340	32.331	134
Insgesamt	76.745	448.393	438.266	66.618

* Die Abweichungen zu den im Geschäftsbericht für 2004 angegebenen Bestandszahlen ergeben sich aus nachträglich durchgeführten Korrekturen und einer Bestandsneuerhebung.

Unsere Aufgabe ist es, alle Daten zu verarbeiten und die entsprechenden Folgearbeiten auszuführen.

Im maschinellen Datensatzverfahren nach der Datenerfassungs- und Datenübermittlungsverordnung (DEÜV) und im Datenaustausch mit der Datenstelle der gesetzlichen Rentenversicherung (DSRV) wurden im Jahr 2005 rund 12,3 Millionen Datensätze verarbeitet. Zum Jahresende 2005 führten wir 11,7 Millionen Versicherungskonten.

Im Berichtsjahr nahm die Deutsche Rentenversicherung Rheinland rund 6,4 Milliarden Euro an Beiträgen ein. Die Verteilung der Beitragseinnahmen, die Höhe der Säumniszuschläge und die gezahlte Vergütung für den Einzug der Beiträge ergeben sich aus den Tabellen 3, 4 und 5 des Statistikeils (siehe Seite 72–73).

Die dort angegebenen Werte enthalten auch die Beiträge der ungefähr 16.000 versicherungspflichtigen Selbstständigen und der etwa 17.000 freiwillig Versicherten, die zu unseren Kunden zählen.

Widersprüche im Bereich Versicherung

Im Bereich Versicherung verzeichneten wir im Jahr 2005 insgesamt 1.195 Widersprüche – rund 29,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Abnahme ist im Wesentlichen darauf

zurückzuführen, dass eine geringere Anzahl an Widerspruchsverfahren in Zusammenhang mit der Bewertung der Zeiten nach dem Fremdrentengesetz (FRG) durchzuführen war. Vermehrt war es in diesem Bereich zu Widersprüchen wegen der Kürzung der Entgeltpunkte nach Paragraph 22b Abs. 1 FRG bei Zusammentreffen einer eigenen Rente mit einer Hinterbliebenenrente gekommen. Einen Überblick über die Entwicklung der Widerspruchseingänge in den vergangenen fünf Jahren gibt die Tabelle 6 des Statistikeils (siehe Seite 73).

Betriebs- und Einzugsstellenprüfungen

Um sicherzustellen, dass die Versicherungsbeiträge korrekt entrichtet werden, hat der Gesetzgeber den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung die Aufgabe der Beitragsüberwachung übertragen. Zu diesem Zweck führen wir entsprechende Betriebsführungen durch. Unsere Prüfungspflichtung umfasst darüber hinaus auch Sonderprüfungen, wie zum Beispiel Insolvenzprüfungen, Prüfungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, der illegalen Beschäftigung und der Scheinselbstständigkeit.

Ende des Jahres 2005 waren im Zuständigkeitsbereich der Deutschen Rentenversicherung Rheinland rund 400.000 Arbeitgeber zu betreuen. Diese Aufgabe teilen sich die Deutsche Rentenversicherung Bund und

die Deutsche Rentenversicherung Rheinland. In einem Zeitraum von vier Jahren sind durch die Deutsche Rentenversicherung Rheinland rund 200.000 Betriebe zu prüfen.

Im Berichtsjahr prüften die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Prüfdienstes 44.553 Betriebe beziehungsweise Beihilfe- und Nachversicherungsstellen bei Arbeitgebern, die Beamte oder Dienstordnungsangestellte beschäftigen. Hierbei ergaben sich Beitragsnachforderungen in allen Zweigen der Sozialversicherung in Höhe von rund 29,2 Millionen Euro.

Darüber hinaus führten wir Prüfungen bei 192 Arbeitgebern durch, die uns von den Behörden der Zollverwaltung im Zusammenhang mit dem Verdacht auf illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit gemeldet worden waren. Hierbei ergaben sich Nachforderungen in Höhe von zirka 8,2 Millionen Euro.

Die Prüfung von 88 Einzugsstellen, 82 Prüfstellen wegen Zahlung von Entgeltersatzleistungen sowie 107 gesetzlichen und privaten Pflegekassen führte zu Umbuchungen zugunsten der Deutschen Rentenversicherung Rheinland in Höhe von 1,83 Millionen Euro und zu Nachforderungen von rund 715.000 Euro. Weil Beiträge verspätet weiter-

geleitet wurden, forderten und erhielten wir von den Einzugsstellen Zinsen und Säumniszuschläge in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro. Außerdem wurden uns von den Einzugsstellen aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung nach Paragraph 28 I Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) für eigene Zinserträge zusätzlich 230.000 Euro überwiesen. Fehlerhafte Berechnungen der Einzugsvergütungen führten zu weiteren Rückforderungen in Höhe von ungefähr 210.000 Euro.

Widersprüche im Bereich Betriebsprüfung

Im Rahmen der im Jahr 2005 durchgeführten 44.726 Betriebsprüfungen wurden 9.868 Prüfbescheide erteilt, die Beanstandungen enthielten. Gegen 435, das entspricht 4,4 Prozent (2004: 6,3 Prozent), dieser Bescheide wurde Widerspruch erhoben. Schwerpunktmäßig ging es in den Verfahren aus dem Bereich Betriebsprüfung um die Erhebung von Beiträgen aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und aus geschuldetem Arbeitsentgelt bei untertariflicher Entlohnung, um die Erhebung von Umlagebeiträgen sowie um die Feststellung von Versicherungspflicht beziehungsweise -freiheit von Studenten, die neben ihrem Studium eine Beschäftigung ausübten. Über die Entwicklung der Widerspruchseingänge in den Jahren 2001 bis 2005 informiert die Tabelle 6 des Statistikeils (siehe Seite 73).

192 Sonderprüfungen gemeinsam mit dem Zoll

RENTENSERVICE

**Laufzeit eines
Rentenantrags
weiter gesunken**

Der Rentenservice der Deutschen Rentenversicherung Rheinland umfasst unter anderem die Bearbeitung von Rentenanträgen, die exakte Berechnung der Renten und ihre Auszahlung im In- und im Ausland sowie die Zahlung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der Rentner. Über alle Renten-Dienstleistungen der Deutschen Rentenversicherung Rheinland im Jahr 2005 berichten wir im Folgenden.

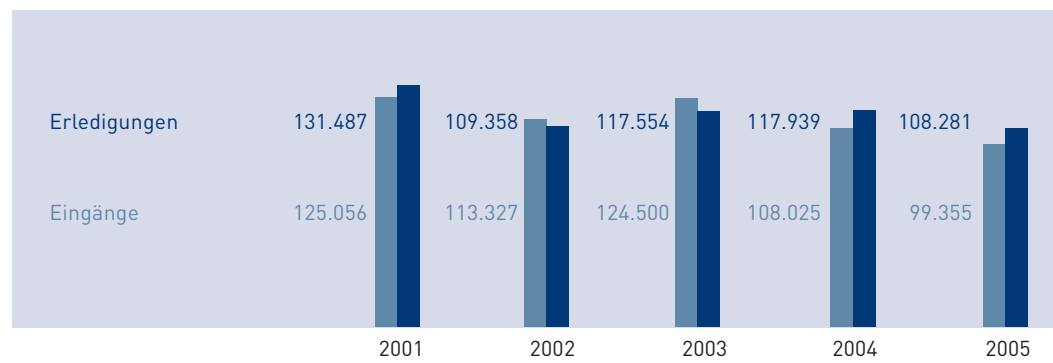
Antragseingang und Antragserledigung

Im Berichtsjahr wurden rund 100.000 Rentenanträge gestellt, etwa 8 Prozent weniger als im Vorjahr. Mit 109.000 liegt die Zahl der Erledigungen um 9 Prozent über der der Antragseingänge. Der Bestand an noch zu bearbeitenden Rentenanträgen sank im

Vorjahresvergleich um rund 54 Prozent auf ungefähr 16.000. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Rückgang der Anträge nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) vom 20. Juni 2002 (siehe auch den Abschnitt Auslandsrentenanträge).

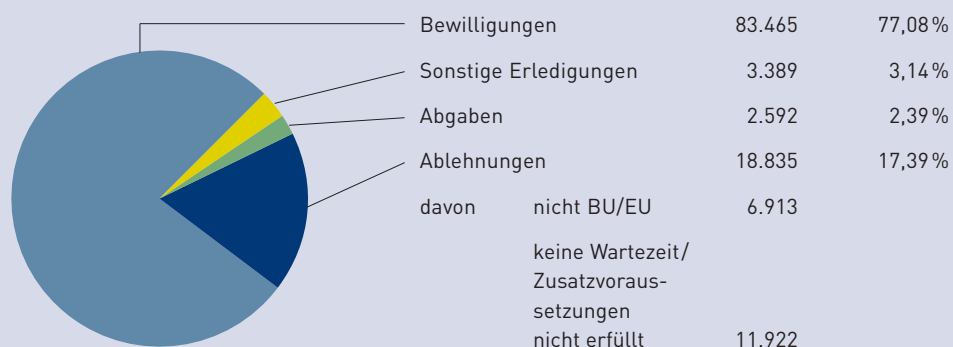
Die Laufzeit eines Rentenantrags (Neuantrag/Inland) vom Tag des Eingangs bis zur Erledigung betrug im Jahr 2005 durchschnittlich 25 Kalendertage, 5 Tage weniger als im Vorjahr. Die Reduzierung der Laufzeit ist vor allem auf die gezielte Schulung aller Mitarbeiter und auf verbesserte Arbeitsabläufe zurückzuführen, wie zum Beispiel bei der Bearbeitung von Neuanträgen auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und auf Rente wegen Arbeitslosigkeit.

Eingang und Erledigung von Rentenanträgen



Erledigte Rentenanträge nach Erledigungsarten 2005

Erledigungen insgesamt 108.281

**Eingang und Erledigung von Auslandsrentenanträgen**

In den Dezernaten für Auslandsrenten gingen im Jahr 2005 gut 21.400 Rentenan-

träge ein, rund 2.900 weniger als im Vorjahr. Diese gliedern sich gemäß der folgenden Tabelle.

Auslandsrentenanträge

	2005	2004
Rentenanträge nach EG-Verordnung		
Belgien	2.987	3.265
Spanien	17.136	15.876
Rentenanträge nach dem Deutsch-Israelischen Sozialversicherungsabkommen (einschließlich der Anträge nach dem ZRBG)	509	4.754
Rentenanträge nach dem Rheinschiffer-Abkommen	15	14
Rentenanträge nach dem Deutsch-Chilenischen Abkommen	54	46
Sonstige Auslandsrentenanträge	698	398
Insgesamt	21.399	24.353

Die Verringerung der Zahl der Auslandsrentenanträge ist ebenfalls im Wesentlichen auf einen deutlichen Rückgang bei den Anträgen nach dem ZRBG zurückzuführen.

Im Jahr 2005 wurden 27.146 Auslandsrentenanträge abschließend bearbeitet.

Bestand an unerledigten Rentenanträgen stark gesunken
Der Bestand an unerledigten Rentenanträgen sank im Vergleich zum Vorjahr um 5.749 auf 7.533.

Rentenbestand und -zahlverfahren

Der Bestand der von der Deutschen Rentenversicherung Rheinland gezahlten Renten blieb im Berichtsjahr mit einem Wert von knapp 1,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Er setzt sich zusammen aus rund 1,2 Millionen Inlands- und knapp 192.000 Auslandsrenten (siehe auch Tabelle 7 Seite 74–77). Die Details ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Bestand der Renten

	31.12.2005	Zahlbetrag jährlich in EUR	31.12.2004
Inlandsrenten			
Versichertenrenten	894.105	7.021.863.974,07	895.496
Witwen-/Witwerrenten	284.157	1.939.929.057,51	288.149
Waisenrenten	20.607	38.761.386,53	20.649
Erziehungsrenten	531	4.122.709,71	511
Auslandsrenten			
Versichertenrenten	141.687	442.685.757,23	142.320
Witwen-/Witwerrenten	49.916	100.683.877,60	50.896
Waisenrenten	613	876.651,77	707
Erziehungsrenten	1	8.554,50	1
Summe der Bestandsrenten (In- und Ausland):	1.391.617		1.398.729

* Hierbei handelt es sich um Nettobeträge, das heißt nach Abzug der Eigenbeteiligung zur Krankenversicherung der Rentner.

Die Auszahlung der Renten übernimmt der Rentenservice der Deutschen Post AG für die Rentenversicherungsträger. Als Vergütung für die Zahlung der Renten und die Auszahlung von Einmalzahlungen erhielt die Deutsche Post AG im Jahr 2005 insgesamt rund 4,06 Millionen Euro.

Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner

Der Anteil der Deutschen Rentenversicherung Rheinland an den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen der Rentnerinnen und Rentner belief sich für alle laufenden Rentenzahlungen im Jahr 2005 auf insgesamt über 641 Millionen Euro. Hiervon entfielen rund 5,92 Millionen Euro auf Rentenzahlungen ins Ausland. Unsere Aufwendungen zur Krankenversicherung für freiwillig und privat Versicherte betragen insgesamt 20,5 Millionen Euro, davon für im Ausland lebende Versicherte 556.000 Euro.

Versorgungsausgleich

Wir ermitteln auf Anfrage der Familiengerichte die Höhe der erworbenen Rentenanswartschaften; diese Information dient den Gerichten als Basis für den Versorgungsausgleich, der im Falle von Ehescheidungen grundsätzlich stattfindet. Im Jahr 2005 wurden 21.857 Auskunftersuchen der Familiengerichte beantwortet. Im Berichtszeitraum gingen 22.561 neue Fälle ein. Der Bestand an unerledigten Auskunftersuchen

betrug Ende des Jahres 2005 insgesamt 8.092 und stieg damit gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um rund 680 Fälle.

Widersprüche im Bereich Rente

Im Bereich Rente gingen im Berichtsjahr 10.458 (2004: 12.506) Widersprüche ein. Dies entspricht einem Rückgang um rund 16,4 Prozent. Die Abnahme ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weniger Widerspruchsverfahren im Zusammenhang mit den Entscheidungen nach dem ZRBG durchzuführen waren.

Der Schwerpunkt der Widerspruchsverfahren im Bereich der Inlandsrenten lag – wie in den Vorjahren – bei den aus sozialmedizinischen Gründen abgelehnten Renten wegen Erwerbsminderung. Daneben waren wiederholt Verfahren durchzuführen, in denen die festgestellte Rentenhöhe angefochten wurde. Hinzu kamen Fälle, in denen die Anhebung der Altersgrenzen und die Abschlagsregelungen bei den vorgezogenen Altersrenten streitig waren. Im Bereich der Auslandsrenten standen die Entscheidungen nach dem ZRBG im Mittelpunkt der Verfahren. Einen Überblick über die Entwicklung der Widerspruchseingänge in den vergangenen 5 Jahren gibt die Tabelle 6 des Statistikeils (siehe Seite 73).

**Widersprüche
im Bereich Rente
rückläufig**

Außerdem wurden gegen die Rentenanpassung zum 1. Juli 2005, bei der die Renten nicht erhöht wurden („Nullrunde“), weitere rund 27.000 Widersprüche erhoben. Die Versicherten erhielten eine Eingangsbestätigung und wurden gebeten, der Zurückstellung der Bearbeitung bis zum Ausgang der angestrebten Musterstreitverfahren zuzustimmen.

Abteilung Sozialmedizin

Werden Renten wegen Erwerbsminderung beantragt, erfassen wir die vorhandenen Krankheiten sowie die Funktionseinschränkungen und beurteilen die Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben. Zumeist wird dafür eine sozialmedizinische Begutachtung in einer der ärztlichen Untersuchungsstellen durchgeführt. Im Jahr 2005 erstellten wir mit gut 18.000 Rentengutachten knapp 6 Prozent mehr Gutachten als im Vorjahr.

Die Untersuchungstermine werden regelmäßig auch dazu genutzt, zu medizinischen und sozialmedizinischen Fragen zu beraten. So informieren die Sozialmediziner beispielsweise bei Anträgen auf Erwerbsminderungsrenten über das Angebot und die Erfolgsaussichten von Rehabilitationsleistungen.

**Sozialmediziner
informieren und
beraten**

Widersprüche im Bereich der Sozialmedizin

Wurde der Antrag auf eine Erwerbsminderungsrente nicht bewilligt, können die Versicherten Widerspruch einlegen, beispielsweise wenn sich die gesundheitlichen Verhältnisse seit der Antragstellung geändert haben oder wenn Krankheiten nicht berücksichtigt wurden.

Die Sozialmediziner überprüfen dann die bisherige Beurteilung. Wenn erforderlich, wird die medizinische Entscheidungsgrundlage aktualisiert oder durch eine Zusatzbegutachtung verbreitert. Im Jahr 2005 haben die ärztlichen Referenten der Hauptverwaltung in 22.000 Fällen ihre Entscheidungen überprüft, das bedeutet eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr.

Begutachtungen bei Anträgen auf Grundsicherung

Die im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch verankerte Grundsicherung soll Altersarmut verhindern und die Lebenssituation erwerbsgeminderter Menschen verbessern. Auf Ersuchen der Grundsicherungsträger stellt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland fest, ob dauerhaft volle Erwerbsminderung als Voraussetzung für die Grundsicherungsleistung vorliegt.

Die sozialmedizinischen Beurteilungsmaßstäbe unterscheiden sich dabei nicht von denen in Rentenverfahren wegen Erwerbsminderung auf der Grundlage des Paragraph 43 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch. Im Jahr 2005 führten wir gut 2.700 Begutachtungen bei Personen durch, die einen Antrag auf Leistungen zur bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gestellt hatten. Der Feststellungsbedarf war damit gegenüber dem Vorjahr um fast 40 Prozent rückläufig.

Neben der Grundsicherung für alte oder erwerbsgeminderte Menschen sieht das Zweite Buch Sozialgesetzbuch Leistungen des Arbeitslosengeldes II für erwerbsfähige Hilfebedürftige vor. Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland hat im Jahr 2005 aufgrund regionaler Vereinbarungen mit kommunalen Arbeitsgemeinschaften in gewissem Umfang auch hierfür Begutachtungen zur Frage der Erwerbsfähigkeit durchgeführt.

Qualitätsmanagement

Um die Qualitätsstandards in der Begutachtung einzuhalten und weiterzuentwickeln, wurde ein Qualitätssicherungssystem für Begutachtungen eingeführt, bei dem in wechselnd besetzten Teams aus sozialmedizinisch tätigen Ärzten des Rentenversicherungsträgers stichprobenartig die Qualität der erstellten Rentengutachten überprüft wird. Im Berichtsjahr blieben knapp 90 Prozent der untersuchten Gutachten ohne wesentliche Beanstandung. Qualitätszirkel für die Fachgebiete Kardiologie, Orthopädie und Psychosomatik unterstützen die Aktivitäten zur Standardisierung und Vereinheitlichung der Begutachtungspraxis. Die Arbeitsgruppen der Qualitätszirkel entwickeln hierzu unterstützende Instrumentarien.

REHABILITATIONSSERVICE

Neben dem Versicherten- und dem Rentenservice bildet der Rehabilitationsservice die dritte Kernaufgabe, die die Deutsche Rentenversicherung Rheinland für ihre Kunden erfüllt. Wir setzen alles daran, dass unsere Versicherten wegen Krankheiten oder Behinderungen nicht vorzeitig in Rente gehen müssen und dass sie am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Mit medizinischer und beruflicher Rehabilitation bieten wir ihnen neue und bessere Chancen.

**Deutlich mehr
Anträge auf
Leistungen zur
Teilhabe**

Antragseingang und Antragserledigung

Im Jahr 2005 wurden insgesamt rund 91.000 Anträge auf Leistungen zur Teilhabe (Rehabilitation) gestellt. Das bedeutet einen Zuwachs um 15,5 Prozent im Ver-

gleich zum entsprechenden Vorjahreswert. Mit 45,8 Prozent betrifft der größte Teil der Anträge die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation wegen allgemeiner Erkrankungen (ohne onkologische oder Entwöhnungsbehandlungen); hier ist ein Anstieg um rund 6,1 Prozent zu verzeichnen. Weitere Einzelheiten sind der unten stehenden Tabelle zu entnehmen.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 91.400 Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation bearbeitet. 66,8 Prozent der Anträge konnten wir bewilligen, 21,4 Prozent mussten wir ablehnen. Die restlichen 11,8 Prozent entfielen im Wesentlichen auf Rücknahmen von Anträgen sowie auf Abgaben an andere Versicherungsträger. Die Grafik auf Seite 31 enthält die ausführlichen Daten zur Antragserledigung.

Eingang von Anträgen auf Leistungen zur Teilhabe nach Antragsarten

Antragsart	2005	2004	Veränderung in %
Normale medizinische Leistungen zur Rehabilitation	41.678	39.267	+6,1
Entwöhnungsbehandlungen zur Lasten der Deutschen Rentenversicherung Rheinland	8.712	8.839	-1,4
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	30.222	19.609	+54,1
Krebsnachbehandlungen	6.016	6.917	-13,0
Kinderheilbehandlungen	3.297	3.035	+8,6
Auftrags- und sonstige Leistungen ¹⁾	1.119	1.129	-0,9
Insgesamt	91.044	78.796	+15,5

¹⁾ Bei diesen Anträgen handelt es sich überwiegend um Leistungen wegen einer Abhängigkeitserkrankung, die im Auftrag der Krankenversicherung bearbeitet worden sind.

Die Tabelle 8 des Statistikeils gibt einen detaillierten Überblick über die bewilligten Leistungen zur Teilhabe der Deutschen Rentenversicherung Rheinland.

Anschlussrehabilitation

Die Anschlussrehabilitation ist eine während des Krankenhausaufenthaltes beantragte medizinische Leistung zur Rehabilitation, die sich innerhalb von zwei Wochen an die Krankenhausbehandlung anschließt.

Im Jahr 2005 ist die Zahl der Anträge auf Anschlussrehabilitation im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,6 Prozent auf etwa 14.400 gestiegen. Annähernd 11.700 Anträge konnten wir bewilligen; hierin enthalten sind rund 3.600 Bewilligungen aufgrund einer onkologischen Erkrankung. Knapp

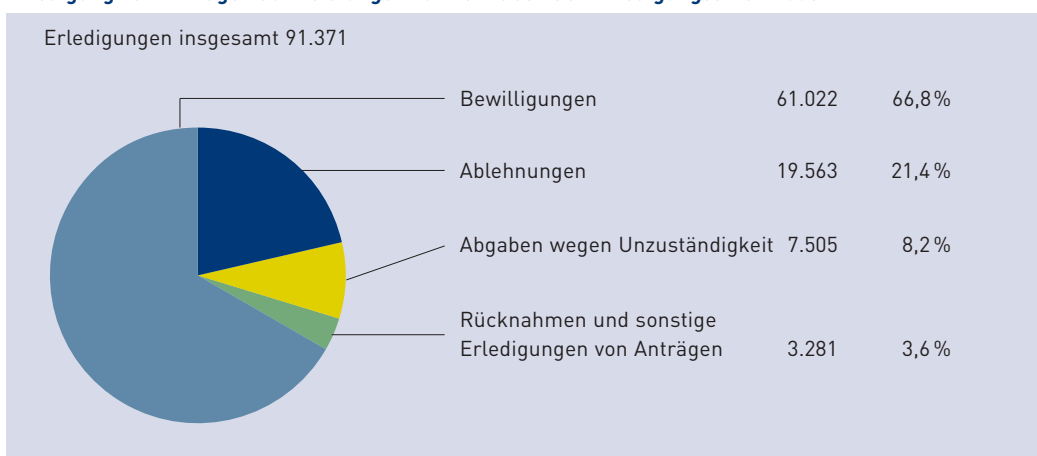
2.700 Anträge mussten wir ablehnen oder erledigten sich auf sonstige Art.

Pflegekostenabrechnung

In den Vertragskliniken reduzierte sich die Zahl der belegten Betten insbesondere im Bereich der Orthopädie deutlich. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Behandlungen in diesem Indikationsbereich zunehmend häufiger ambulant durchgeführt werden. Dennoch bilden die Patienten mit orthopädischen Erkrankungen weiterhin die größte Gruppe der in den Vertragskliniken Behandelten.

Der Gesamtaufwand für die Pflegekosten in den Vertragskliniken sank im Vergleich zum Vorjahr um 4 Millionen Euro (-4,76 Prozent) von rund 84 Millionen Euro auf rund 80 Millionen Euro. Diese Minderung

Erledigung von Anträgen auf Leistungen zur Teilhabe nach Erledigungsarten 2005



der Gesamtpflegekosten resultiert zum Teil aus der rückläufigen Zahl von Bewilligungen von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (-1,8 Prozent).

Die durchschnittlichen Fallkosten für ambulante und stationäre Leistungen (ohne Suchtbehandlungen und Aufnahmen in Übergangswohnheimen) reduzierten sich im Berichtsjahr um 3,42 Prozent von 3.512 Euro auf 3.392 Euro. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich die Verweildauern im Bereich der allgemeinen Erkrankungen und die Zeiten der medizinischen Leistungen für Kinder verkürzten. Nähere Informationen sind den Tabellen 9 und 10 des Statistikeils (siehe Seite 78) zu entnehmen.

Behandlung Abhängigkeitskranker

Die Rehabilitation Abhängigkeitskranker zulasten der Rentenversicherung und der Krankenversicherung wird durch die Rheinische Arbeitsgemeinschaft durchgeführt, deren Aufgaben von der Deutschen Rentenversicherung Rheinland wahrgenommen werden.

Im Berichtsjahr wurden knapp 9.800 Anträge auf medizinische Leistungen wegen Abhängigkeitserkrankungen gestellt; die Zahl der Anträge auf Entwöhnungsbehandlungen zulasten der Deutschen

Rentenversicherung Rheinland betrug zirka 8.700.

Insgesamt konnten wir rund 6.200 Leistungen bewilligen. Damit ist die Zahl der Bewilligungen im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Von den Bewilligungen des Berichtsjahres entfielen gut 5.100 in die Trägerschaft der Deutschen Rentenversicherung Rheinland und rund 1.100 in die der Krankenversicherung.

Die Daten zu Bewilligungen nach der Art der Behandlung und Kostenträger sowie nach Abhängigkeitsarten sind den Tabellen 11 und 12 des Statistikeils zu entnehmen (siehe Seite 79).

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Zu den Leistungen der Rentenversicherungsträger zur Teilhabe am Arbeitsleben – früher als berufsfördernde Leistungen bezeichnet – zählen beispielsweise die Berufsvorbereitung, die Aus- und Weiterbildung, die Arbeitsplatzüberprüfung und die Arbeitsplatzvermittlung.

Im Jahr 2005 wurden rund 30.200 Anträge auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 54,1 Prozent. Die genauen Daten zu den im Jahr 2005 bewilligten Leistungen zur Teilhabe

am Arbeitsleben sind der Tabelle 13 des Statistikeils zu entnehmen (siehe Seite 80).

Ambulante Leistungen

Die ambulante Rehabilitation wurde als eigenständige Säule der medizinischen Rehabilitation weiter ausgebaut. Die Nähe der Rehabilitationseinrichtung zum Wohnort gewährleistet hierbei, dass die Patienten in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben können und ein unmittelbarer Bezug zum Arbeitsplatz hergestellt werden kann.

Die ambulanten Versorgungsstrukturen konnten auch im Jahr 2005 weiter ausgebaut werden. Die Zahl der zugelassenen Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Deutschen Rentenversicherung Rheinland erhöhte sich von 27 auf 31 Angebote zur ambulanten Rehabilitation bestehen vor allem in den Indikationsbereichen Orthopädie, Kardiologie und Neurologie, neuerdings gibt es jedoch auch erste Angebote im Bereich der Psychosomatik. Seit dem Beginn der ambulanten Rehabilitation ist ein stetiger Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2005 wurden 12,8 Prozent aller medizinischen Leistungen zur Teilhabe (ohne Kinderrehabilitation, Krebsnachbehandlung und Suchterkrankungen) ambulant durchgeführt (siehe hierzu auch Grafik 14, Seite 80).

Auskunft und Beratung

Auskunft und Beratung im Bereich der Rehabilitation erfolgen durch die Reha-Berater, die Mitarbeiter der Sachbearbeitung des Bereichs Rehabilitation und die des Beratungsbereichs. Wir stellen sicher, dass rehabilitationsbedürftige Personen während des gesamten Verfahrens – vom Antrag über die Durchführung bis hin zu einer gegebenenfalls erforderlichen Anschlussbetreuung beziehungsweise einer Arbeitsplatzvermittlung – einen festen Ansprechpartner haben, der mit der individuellen Situation vertraut ist. Im Jahr 2005 führten unsere Mitarbeiter rund 33.500 Beratungsgespräche.

Zuzahlungen

In der Regel müssen wir bei stationären medizinischen Leistungen von den Versicherten eine Zuzahlung erheben. Im Jahr 2005 geschah dies in knapp 29.400 Fällen. Hieraus ergab sich ein Gesamtbetrag von 1,53 Millionen Euro. Eine Zuzahlung in voller Höhe wurde dabei in rund 7.300 Fällen erhoben (2004: etwa 6.700); dies führte zu einem Gesamtbetrag von 1,51 Millionen Euro (2004: rund 1,42 Millionen Euro). In etwa 22.100 Fällen forderten wir aufgrund der Richtlinien zur Befreiung von der Zuzahlung wegen unzumutbarer Belastung die Zuzahlung nicht oder nicht in vollem Umfang.

Widersprüche im Bereich Rehabilitation

Im Bereich Rehabilitation verzeichneten wir im Berichtsjahr 2.129 Widerspruchseingänge, gegenüber dem Vorjahr (2004: 2.013 Eingänge) bedeutet dies einen Anstieg um rund 5,6 Prozent. Der Schwerpunkt der Verfahren lag erneut bei den Leistungen zur medizinischen Rehabilitation. Hinzu kamen Verfahren über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Übergangsgeldberechnungen sowie Fahrtkostenerstattungen anlässlich durchgeführter Rehabilitationsmaßnahmen. Einen Überblick über die Entwicklung der Widerspruchseingänge in den vergangenen fünf Jahren gibt die Tabelle 6 des Statistikeils (siehe Seite 73).

Abteilung Sozialmedizin

Versicherte, bei denen der Verbleib im Erwerbsleben gefährdet ist, können unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben vom Rentenversicherungsträger erhalten. Um die sozialmedizinischen Voraussetzungen überprüfen zu können, erfassen und bewerten wir nicht allein die aktuellen oder die drohenden Auswirkungen von Krankheiten und Behinderungen. Vielmehr erstellen wir auch eine Erwerbsprognose und beurteilen die Erfolgsaussichten einer Rehabilitationsmaßnahme. Dazu benötigen wir entsprechende sozialmedizinische Daten, die in einer so genann-

ten Rehabilitationsbegutachtung gewonnen werden. Die Zahl der Begutachtungen lag im Berichtsjahr mit knapp 24.000 geringfügig unter dem Vorjahresniveau.

Qualitätsmanagement

Rehabilitationsbedürftige Versicherte benötigen bedarfsorientierte Leistungen in guter Qualität, um die Wiedereingliederung und den Verbleib im Erwerbsleben zu erreichen. Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland stellt sicher, dass hierfür geeignete Rehabilitationseinrichtungen zur Verfügung stehen. Die Konzepte bestehender und neuer Reha-Einrichtungen werden regelmäßig überprüft und die Ergebnisse durchgeführter medizinischer Rehabilitationsleistungen bewertet.

Zur Förderung und Weiterentwicklung der Rehabilitation beteiligt sich die Abteilung Sozialmedizin an Forschungsprojekten unserer eigenen Reha-Kliniken und kooperiert darüber hinaus auch mit anderen Institutionen. Die Zusammenarbeit bezieht sich sowohl auf die Konzeption als auch auf die Durchführung von Projekten. In den eigenen ärztlichen Untersuchungsstellen werden geeignete Rehabilitanden untersucht und nach bestimmten Kriterien ausgewählt, über die vorgesehenen Reha-Leistungen und die Bezüge zu wissenschaftlichen

Projekten informiert sowie gegebenenfalls nachuntersucht.

Über unsere Aktivitäten im Rahmen des Qualitätssicherungsprogramms der Rentenversicherung hinaus überprüfen unsere Sozialmediziner die Einhaltung von Standards in Reha-Prozessen und bei der Dokumentation in Entlassungsberichten. Teil des Qualitätsmanagementkonzepts sind auch regelmäßige Besuche und Begehungen von Reha-Einrichtungen.

Im Oktober 2005 haben wir erneut gemeinsam mit Ärzten unserer Klinikette und Verwaltungsfachleuten einen Workshop zu sozialmedizinischen Themen durchgeführt. Schwerpunkte bildeten in diesem Jahr der Übergang von der medizinischen zur beruflichen Teilhabe, sozialmedizinische Falldiskussionen und aktuelle Entwicklungen in der Rehabilitation.

Beratungsleistungen für externe Stellen

Sowohl die ärztlichen Untersuchungsstellen als auch die Referenten der Hauptverwaltung blicken erneut auf ein Jahr reger Beratungstätigkeit zurück. Im Zusammenhang mit Anträgen auf Leistungen zur Rehabilitation wurden Hausärzte, Betriebsärzte, medizinische Dienste anderer Träger und Rehabilitationskliniken beraten. Dabei standen weiterhin sozialmedizinische Fragen

zu Reha-Bedürftigkeit, Anschlussrehabilitation und Durchführungsproblemen bei Reha-Leistungen im Vordergrund.

Forschung

Die Deutschen Rentenversicherung Rheinland gewährt nach Paragraf 31 Sozialgesetzbuch VI Zuwendungen an Einrichtungen und Personen, die auf dem Gebiet der Rehabilitation forschen oder die Rehabilitation fördern.

Mit unseren Forschungsaktivitäten wollen wir die wissenschaftliche Fundierung der Rehabilitationsmedizin vorantreiben und eine feste Verzahnung von Forschung und Rehabilitationspraxis in unserer Klinikette sicherstellen. Die Rehabilitationsforschung wird insbesondere darauf ausgerichtet werden, Behandlungsleitlinien zu entwickeln sowie Themen aufzugreifen, die schwerpunktmäßig ökonomische Aspekte betreffen. Ziel ist es, künftig bei allen wissenschaftlichen Empfehlungen zur Umsetzung in die Reha-Praxis den Ressourcenverbrauch noch stärker zu berücksichtigen. Die Forschungsaktivitäten sollen im Übrigen dazu beitragen, Versorgungslücken zu schließen, nachfrageorientierte Angebote zu entwickeln und die Position der Kliniken der Deutschen Rentenversicherung Rheinland in dem vom Gesetzgeber inzwischen vorgeschriebenen

**Ausbau der
Forschungs-
aktivitäten**

**Forschungs-
kompetenzen
gebündelt**

rentenversicherungsinternen Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitswettbewerb zu stärken.

Über das Rehabilitations-Forschungsnetzwerk (refonet) der Deutschen Rentenversicherung Rheinland (www.refonet.de) werden zurzeit 13 Forschungsprojekte gefördert.

Nach dem Auslaufen des Programms „Förderschwerpunkt Rehabilitationswissenschaften“, in dem sich die Deutsche Rentenversicherung Rheinland stark engagiert hatte, gilt es nunmehr, die hierdurch bereits aufgebauten rehabilitationswissenschaftlichen Forschungsstrukturen im Land Nordrhein-Westfalen zu sichern und weiterzuentwickeln. Hierzu haben wir gemeinsam mit der Deutschen Rentenversicherung Westfalen ein Zukunftskonzept entwickelt. Unter dem Dach der Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften NRW e. V. agieren nunmehr gemeinsam das refonet, das Institut für Rehabilitationsforschung, Norderney, der Deutschen Rentenversicherung Westfalen sowie der Nordrhein-Westfälische Forschungsverbund Rehabilitationswissenschaften e. V. Zusammen bilden sie das rehabilitationswissenschaftliche Forschungsnetzwerk für Nordrhein-Westfalen (www.rehaforschung-nrw.de).

Damit wurden die Forschungskompetenzen gebündelt, und es können sowohl Doppel- und Parallelforschung vermieden als auch Synergien erschlossen werden.

Kooperation mit Werks- und Betriebsärzten

Die von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) herausgegebene „Gemeinsame Empfehlung zur Verbesserung der gegenseitigen Information und Kooperation aller beteiligten Akteure nach Paragraf 13 Absatz 2 Nr. 8 und 9 Sozialgesetzbuch IX“ zielt darauf ab, dass Werks- und Betriebsärzte einerseits und Rehabilitationsträger andererseits bei Leistungen zur Teilhabe eng kooperieren. Durch geeignete Verfahren und Strukturen soll ein kontinuierlicher und verlässlicher Informationsaustausch etabliert werden. Dies setzt die Zusammenarbeit der Beteiligten bei der Identifizierung des Reha-Bedarfs, bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Rehabilitationsleistung sowie bei der Ergebnisübermittlung und der (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsprozess voraus. Das Ziel ist, eine möglichst dauerhafte Teilhabe am Arbeitsleben entsprechend den Neigungen und Fähigkeiten des behinderten Menschen zu erreichen. Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels hat dabei die Sicherung des bestehenden Arbeitsplatzes Priorität.

Die damit verbundene Notwendigkeit, individuellen Rehabilitationsbedarf frühzeitig zu erkennen und Rehabilitationsleistungen mit einem möglichst großen Bezug zu den tatsächlichen Arbeitsplatzanforderungen durchzuführen, ist ein zentrales Anliegen der Kooperation.

Um die „Gemeinsame Empfehlung zur Verbesserung der gegenseitigen Information und Kooperation aller beteiligten Akteure“ praxisnah umsetzen zu können, wurde auf Initiative der Ärztekammer Nordrhein und der Deutschen Rentenversicherung Rheinland gemeinsam mit Werks- und Betriebsärzten rheinischer Großunternehmen ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Mit der Umsetzung des Kooperationskonzeptes soll im ersten Halbjahr 2006 begonnen werden. In einer weiteren Ausbaustufe wird das Projekt auch auf kleine und mittelständische Betriebe ausgeweitet.

RECHTSBEHELFE

Klagen

Im Jahr 2005 standen den erteilten 10.163 Widerspruchsbescheiden in den Fachbereichen Versicherung, Rente, Rehabilitation und Betriebsprüfung insgesamt 5.717 Neuzugänge an Klagen gegenüber. Die Anfechtungsquote lag demnach bei rund 56,3 Prozent, nach 54,7 Prozent im Vorjahr. Der Anstieg der Anfechtungsquote ist darauf zurückzuführen, dass der weit überwiegende Teil der Widerspruchsbescheide im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) mit der Klage angefochten wird. Am Ende des Berichtsjahres zählte die Widerspruchs- und Rechtsbehelfsstelle in den Fachbereichen Versicherung, Rente und Rehabilitation 7.117 Klagen, 658 Berufungsverfahren und 25 Revisionsverfahren.

Anfechtungsquote
leicht gestiegen

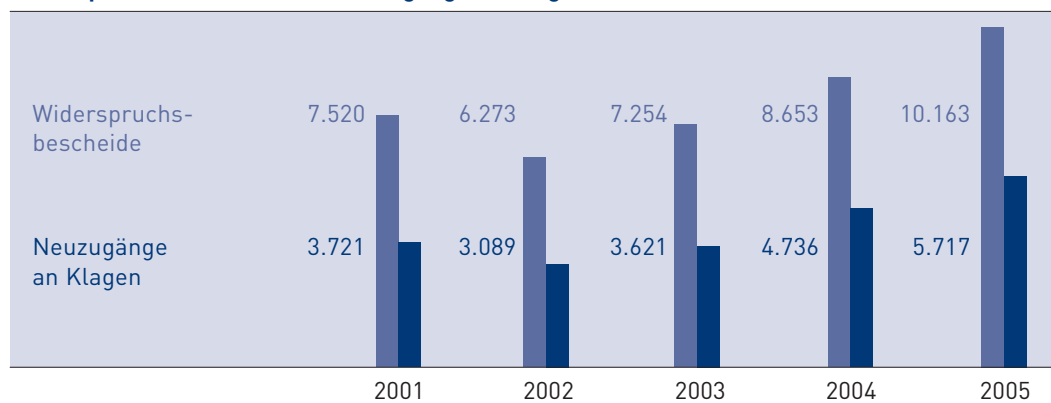
Widerspruchsbescheide und Neuzugänge an Klagen

Der Schwerpunkt der Klageverfahren lag bei den aus sozialmedizinischen Gründen abgelehnten Renten wegen Erwerbsminderung sowie bei den Verfahren nach dem ZRBG.

Von den erstinstanzlichen Streitverfahren wurden im Berichtszeitraum 4.185 Klagen erledigt. Hiervon gingen 461 (11 Prozent) in vollem Umfang zugunsten der Klageseite aus, 2.880 Verfahren (68,8 Prozent) wurden zugunsten der beklagten Deutschen Rentenversicherung Rheinland abgeschlossen, und 844 Verfahren (rund 20,2 Prozent) endeten mit einem Vergleich.

Wie schon in den Vorjahren wurden im Berichtszeitraum die Klageverfahren überwiegend zugunsten der Deutschen Rentenversicherung Rheinland abgeschlossen. Die Ergebnisse der Klageverfahren belegen die sachgerechte Überprüfung in den vorausgegangenen Widerspruchsverfahren.

Widerspruchsbescheide und Neuzugänge an Klagen



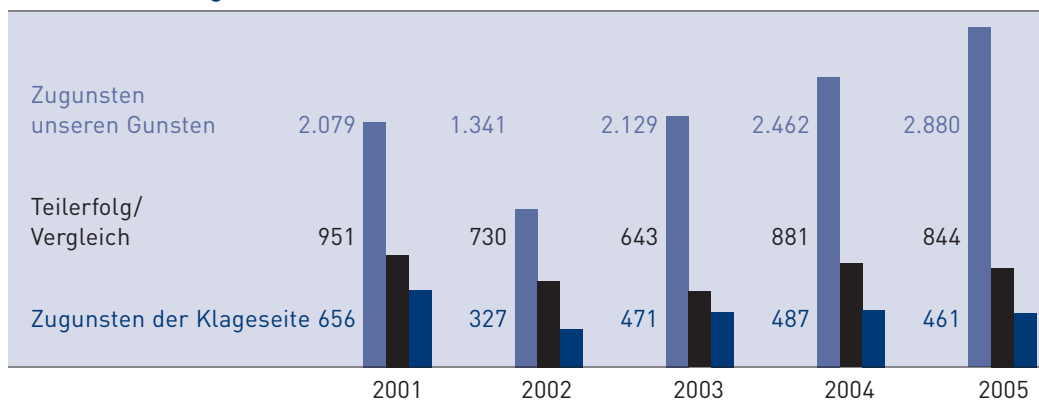
Regress

Erleidet einer unserer Kunden Gesundheitsschäden, die von Dritten verursacht sind – beispielsweise bei einem Verkehrsunfall –, und wird die Leistungsfähigkeit unseres Kunden dadurch eingeschränkt, hat die Deutsche Rentenversicherung Rheinland dafür zu sorgen, dass der Kunde keinen Beitragsschaden davonträgt. Ein Beitragsschaden ergibt sich dadurch, dass für die Zeit, in der eine Lohnersatzleistung – zum Beispiel Verletzten- oder Krankengeld – bezogen wird, der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht aus dem vorher erzielten rentenversicherungspflichtigen Bruttoentgelt, sondern aus der niedrigeren Lohnersatzleistung entrichtet wird. Um einen so entstehenden Beitragsschaden abzuwenden, nimmt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland gemäß Paragraph 119 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) Regress beim Haftpflichtigen.

Bei Gewährung von Regelleistungen wie Reha-Maßnahmen oder Rentenleistungen aufgrund einer Schädigung durch Dritte hat der Rentenversicherungsträger gemäß Paragraphen 823 ff Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Paragraph 116 Sozialgesetzbuch X und Paragraph 110 Sozialgesetzbuch VII einen Schadensersatzanspruch bis zur Höhe seiner Leistungen.

Im Berichtsjahr gingen 4.387 Schadensmeldungen ein; 3.905 Fälle konnten wir abschließend bearbeiten. Die Zahl der unerledigten Fälle belief sich zum 31. Dezember 2005 auf 5.749.

An Regresseinnahmen konnten wir im Berichtsjahr insgesamt fast 9,9 Millionen Euro verbuchen; davon entfielen rund 3,2 Millionen Euro auf den Beitragsregress und 6,7 Millionen Euro auf den Regress wegen der Gewährung von Regelleistungen durch die Deutsche Rentenversicherung Rheinland.

Abschluss der Klageverfahren

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Unsere Unternehmenskommunikation war 2005 entscheidend durch die Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung geprägt. Eines der sichtbaren Zeichen der Reform ist die Umfirmierung der LVA Rheinprovinz zur Deutschen Rentenversicherung Rheinland. Der neue Name und das neue Erscheinungsbild repräsentieren die neue gemeinsame Marke, unter deren Dach sich alle Rentenversicherungsträger zum 1. Oktober 2005 zusammengeschlossen haben.

Als Kompetenzzentrum für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat die Deutsche Rentenversicherung Rheinland die Aufgabe übernommen, den Prozess der Markenbildung voranzutreiben, und die Arbeit in den verantwortlichen Gremien und Fachgruppen der Rentenversicherung stark geprägt. Mit unserer strikten Ausrichtung auf Servicequalität und Kundennähe haben wir die Weichen für ein gemeinsames Leistungsversprechen gestellt, das die Deutsche Rentenversicherung als einen kompetenten und wettbewerbsfähigen Servicepartner für die Altersvorsorge positioniert.

Unser besonderes Engagement galt dem gemeinsamen Internetauftritt. Wir haben uns schon frühzeitig auf die Online-Kom-

munikation spezialisiert und waren maßgeblich an der Gestaltung der neuen Website www.deutsche-rentenversicherung.de beteiligt. Aber auch bei der Konzeption, der strategischen Planung und der Gestaltung der neuen gemeinsamen Broschüren sowie der Kundenzeitschrift konnten wir wichtige Akzente setzen, um das erklärungsbedürftige Thema Rente und Altersvorsorge kundenorientiert aufzubereiten.

Die Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, die neue Marke im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Die Pressestelle wird hierbei künftig durch die Mitarbeiterinnen unserer hauseigenen Fachbibliothek unterstützt, mit der sich das frühere Referat Öffentlichkeitsarbeit am 1. Oktober 2005 zum Referat Presse und Information zusammengeschlossen hat. Dadurch können die Aktivitäten vor allem im Hinblick auf Recherchen optimal vernetzt und die Öffentlichkeitsarbeit in Zukunft noch effizienter gestaltet werden. Der Nutzen für unsere Kunden und die Medienpartner wird dabei der Maßstab zur Bewertung unserer Leistung sein.

Medienkommunikation

Im Berichtszeitraum ist es uns gelungen, acht Zeitungsredaktionen als regionale Kooperationspartner für Telefonaktionen zu gewinnen. Die Sensibilisierung der

regionalen Medien für das Thema Rente und Altersvorsorge zeigt sich zudem in der hohen Akzeptanz unserer Pressedienste. Im Jahr 2005 haben wir 55 Pressemitteilungen mit Verbrauchertipps an über 400 Redaktionen verschickt. Damit erreichten wir mehr als 8 Millionen Leser, Hörer und Fernsehzuschauer.

Unsere kurzen „Rententipps“ stoßen bei den Medien auf ein großes Bedürfnis nach verbrauchernaher Kundeninformation. Vor diesem Hintergrund haben wir als erster Rentenversicherungsträger Partnerschaften mit Online-Medien, wie zum Beispiel der Website des Fernsehsenders N24, geschlossen. Auch über sie erreichen wir mit unseren Verbrauchermeldungen ein breites Publikum.

Zur Kommunikation mit den Medien gehören weiterhin Pressegespräche, die allerdings von personell ausgedünnten Redaktionen zunehmend restriktiver wahrgenommen werden. Daher war es nicht selbstverständlich, dass die Deutsche Rentenversicherung Rheinland im Berichtszeitraum mit zwei Pressegesprächen zum Thema Altersvorsorge sowie zu einem patientengerechten Rehabilitationskonzept auch das Interesse überregionaler Medien gewinnen konnte.

Dialogangebote

Die Berater aus den Service-Zentren waren wieder regelmäßig mit Informations- und Beratungsständen wohnortnah präsent. In Vier-Augen-Gesprächen gaben sie vor Ort der Deutschen Rentenversicherung Rheinland ein Gesicht. Gelegenheit dazu boten auch Rentenberatungen in den Betrieben sowie bei Aktionstagen anderer Veranstalter.

Zur dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Rentenversicherung Rheinland gehören zudem Vorträge in den Service-Zentren und bei externen Partnern. Im Berichtsjahr waren Mitarbeiter der Service-Zentren mehr als 120 Mal als Referenten gefragt, dies vor allem in Unternehmen und Verbänden.

Publikationen

Jenseits der persönlichen Kommunikation mit unseren Kunden bieten wir viel Information zum Nachlesen an, und zwar sowohl gedruckt als auch elektronisch. Dabei sind beide Kommunikationsschienen miteinander vernetzt. Leitmedium im Printbereich ist die Versichertenzeitschrift „gesichertes leben“, die von der Deutschen Rentenversicherung Rheinland mit einer Auflage von rund 200.000 Exemplaren verbreitet wird. Die als Verbrauchermagazin konzipierte Zeitschrift bietet nützliche Informationen in Sachen Rente und Rehabilitation. Als besonderen Service bekommen 59-Jährige die

**Partnerschaften
mit Online-Medien
geschlossen**

Zeitschrift ein Jahr lang kostenlos ins Haus – mit einem speziellen Beihefter „Countdown bis zur Rente“. In sechs Ausgaben werden sie dort kurz und knapp über alles informiert, was auf dem Weg zur Rente zu beachten ist.

Mit dem Magazin „20►60“ wenden wir uns an die Zielgruppe der Berufseinsteiger. Das Heft erscheint einmal im Jahr und enthält praktische Tipps zu Bewerbung, Berufseinstieg und Altersvorsorgeprodukten. Wir bieten es den Schulen für den Unterricht an. Das Magazin wurde im Berichtsjahr 10.000 Mal abgerufen – ein guter Einstieg in die Jugendkommunikation, die wir ausbauen wollen.

Zu unserem Informationspaket gehört darüber hinaus ein vielfältiges Angebot an Broschüren. Sie übersetzen das komplizierte Rentenrecht in eine leicht verständliche Sprache und wurden im Berichtsjahr mehr als 400.000 Mal bestellt.

Internetpräsenz

Im Berichtsjahr haben wir zusammen mit der Deutschen Rentenversicherung Bund den neuen gemeinsamen Internetauftritt aller Rentenversicherungsträger www.deutsche-rentenversicherung.de konzipiert und umgesetzt. Der neue Auftritt führt die Inhalte der ehemaligen

Websites www.lva.de, www.vdr.de und www.bfa.de zusammen.

Gleichzeitig haben wir auch unsere eigene Homepage, jetzt zu finden unter www.deutsche-rentenversicherung-rheinland.de, an das neue Erscheinungsbild angepasst und kunden- und mediengerecht weiterentwickelt.

Bereits seit 2004 betreut das Referat Presse und Information auch die Internetauftritte unserer Kliniken, die über die Adresse www.klinikkette.de vernetzt sind. Im Berichtsjahr haben wir darüber hinaus die Entwicklung des Partnerportals www.ihrevorsorge.de weiter vorangetrieben; hier wird das Beratungs-Know-how der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Sachverstand in der privaten und betrieblichen Altersvorsorge gebündelt.

Schließlich zeichnen wir im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW in Düsseldorf, der Deutschen Rentenversicherung Westfalen sowie der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für die Chefredaktion der gemeinsamen Website www.infonetz-altersvorsorge.de verantwortlich.

Die Gesundheit ist unser kostbarstes Gut – aus dem Blickwinkel des Einzelnen betrachtet, aber auch aus dem der Gesellschaft. Denn die Gemeinschaft braucht die Menschen, die im Berufsleben stehen und ihren Beitrag zum System der sozialen Sicherung leisten.

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland setzt alles daran, die Arbeitskraft der Versicherten zu erhalten oder wiederherzustellen. Dazu bietet sie nicht allein das gesamte Spektrum von Rehabilitationsleistungen. Sondern sie unterhält auch eine eigene Klinikette, deren oberstes Gebot es ist, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das war schon immer so, und daran wird sich nichts ändern. Auch nicht durch die Organisationsreform.





LAGEBERICHT

Interne Services

Was braucht ein Unternehmen, um für seine Kunden bestmögliche Dienstleistungen zu erbringen? Vor allem gut ausgebildete, leistungsbereite und verantwortungsbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Freude an ihrer Aufgabe haben.

Das hat die Deutsche Rentenversicherung Rheinland schon lange erkannt. Und wir handeln entsprechend. Beispielsweise, indem wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch ein umfangreiches Angebot an Fort- und Weiterbildung die Möglichkeit geben, sich weiterzuentwickeln, Kenntnisse zu vertiefen, neues Wissen zu erwerben und in der Karriere voranzuschreiten.

Darüber hinaus benötigt ein Unternehmen wie die Deutsche Rentenversicherung Rheinland eine leistungsfähige technische Infrastruktur. Moderne Kommunikations- und Datenverarbeitungsanlagen erlauben es uns, die Fülle der täglich eingehenden Informationen zu erfassen und schnell und präzise zu verarbeiten.

Im Sinne unserer Kunden das Beste zu tun, heißt für uns immer auch: wirtschaftlich zu handeln. Um die Wirtschaftlichkeit unseres Unternehmens immer weiter zu optimieren, nutzen wir verstärkt Instrumente zur Qualitätssicherung wie das Controlling.

Über die hier skizzierten Aspekte unserer Arbeit, unsere „internen Services“, wollen wir auf den folgenden Seiten berichten.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Die Zufriedenheit unserer Kunden ist der Maßstab, den wir an unsere Arbeit anlegen. Dabei ist es nicht allein unser Ziel, sehr gute Dienstleistungen zu bieten, sondern wir wollen auch als echter Partner wahrgenommen werden. Dass uns dies gelingt, liegt allein an unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind es, die das Bild der Deutschen Rentenversicherung Rheinland bei unseren Kunden prägen.

Die Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wandeln sich permanent. Unsere Aufgabe ist es, sie nach Kräften darin zu unterstützen, die Herausforderungen zu meistern. Dazu gehören Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ebenso wie Schritte zur Unternehmensentwicklung, durch die wir Verbesserungen für unsere Mitarbeiter schaffen.

Unternehmensentwicklung

Um die Unternehmensentwicklung voranzutreiben, haben wir eigens eine entsprechende Stabsstelle eingerichtet. Sie ist interne Beraterin in Bezug auf das Veränderungs- und Projektmanagement und damit kompetente Ansprechpartnerin für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Fragen zur Unternehmensentwicklung. Von hier aus werden Projekte initiiert und

gesteuert, die eine Verbesserung der Services für die Mitarbeiter oder die Kunden zum Ziel haben.

Dazu gehörte im Berichtsjahr eine hausweite Mitarbeiterbefragung. Da alle Abteilungen, Service-Zentren und Kliniken beteiligt waren, ergibt sich ein repräsentatives Bild der Einschätzungen aller Beschäftigten. Von 4.466 ausgegebenen Fragebögen wurden 2.715 – das sind 60,79 Prozent – zur Auswertung bei unserem Kooperationspartner, der Abteilung Qualitätsmanagement und Sozialmedizin des Universitätsklinikums Freiburg, eingereicht. Damit haben wir eine recht hohe Rücklaufquote erzielt. Erfasst wurden die Ansichten zu vielen Aspekten des Arbeitsalltags. So konnten wertvolle Informationen gewonnen werden, die Ansatzpunkte für eine Optimierung der Prozesse, der Kommunikation und des Führungsverhaltens liefern. Daran anknüpfend werden nun gemeinsam mit allen Beschäftigten konkrete unternehmens- wie auch bereichsspezifische Verbesserungsmaßnahmen ermittelt und umgesetzt.

Auch im Jahr 2005 haben wir weiter an der Verbesserung der Führungskultur gearbeitet. Bisher absolvierten etwa 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Schulung zur Führungskräfteentwicklung auf der Ebene der Sachbearbeiter und der

**Hausweite
Mitarbeiterbefragung
liefert wertvolle
Informationen**

Spitzensachbearbeiter. Auf der Ebene der Sachgebietsleiter waren es im Berichtsjahr 25 Personen. Das Instrument Führungs-Feedback wurde von rund 170 Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleitern in Anspruch genommen.

Mitarbeiter-Kennzahlen

Die Stellenpläne der Deutschen Rentenversicherung Rheinland für die Hauptverwaltung und die Kliniken wiesen für das Haushaltsjahr 2005 insgesamt 4.498 Stellen aus, 54 weniger als im Vorjahr (2004: 4.552 Stellen). 3.322 Stellen entfielen dabei auf die Hauptverwaltung, 1.176 auf die Kliniken.

Nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr lag der Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Hauptverwaltung bei 52,19 Prozent (2004: 52,25 Prozent) und in den Kliniken bei 65,23 Prozent (2004: 65,24 Prozent). Die unten stehende Tabelle gibt Auskunft über den prozentualen Anteil der Frauen in der Hauptverwaltung und in den Kliniken, bezogen auf die verschiedenen Laufbahnen.

Wie die Tabelle zeigt, waren Frauen auch im Jahr 2005 im höheren und im gehobenen Dienst deutlich weniger stark vertreten als im mittleren und im einfachen Dienst. Hier sind in der Hauptverwaltung im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Steigerungen zu verzeichnen. In den Kliniken ging der Anteil im höheren Dienst (2004: 35,71 Prozent) und im gehobenen Dienst (2004: 53,39 Prozent) sogar zurück. Wir werden uns künftig noch stärker dafür einsetzen, den Frauenanteil in leitenden Positionen zu erhöhen.

Im November 2004 erhielt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland erstmals das Grundzertifikat zum Audit Beruf & Familie, verliehen von der berufundfamilie gGmbH. Im Rahmen der Auditierung wurden die bestehenden Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie begutachtet und zudem weiterführende Zielvorgaben für eine familienbewusste Personalpolitik definiert. Diese Ziele sollen in den nächsten drei Jahren erreicht werden; danach findet die Re-Zertifizierung statt. Im Zuge der Auditierung haben

Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl (Vkl) nach Laufbahnen (in %)

	Hauptverwaltung	Kliniken
Höherer Dienst	31,78	32,30
Gehobener Dienst	35,91	51,66
Mittlerer Dienst	65,52	67,37
Einfacher Dienst	61,54	86,41

wir unter anderem den Link „Beruf & Familie“ in unserem Intranet geschaffen, worüber alle relevanten Informationen zu finden sind.

Ein wesentlicher Aspekt familienorientierter Unternehmensführung besteht im Angebot von Teilzeitarbeit. In unserem Haus hielt der Trend zu mehr Teilzeitarbeit auch im Jahr 2005 unverändert an. So stieg die Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter in der Hauptverwaltung im Vergleich zum Vorjahr von 452 auf 489 an; damit erhöhte sich die Quote der Teilzeitbeschäftigten von 13,52 Prozent auf 14,83 Prozent. Der gleiche Trend war auch in den Kliniken zu verzeichnen, wo 387 Mitarbeiter (2004: 372) einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen. Dies entspricht einem Anteil von 30,54 Prozent (2004: 29,31 Prozent).

Das Interesse an Altersteilzeitarbeit nahm im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt wieder leicht zu. In der Hauptverwaltung machten 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von dieser Regelung Gebrauch; im Jahr 2004 hatte die Zahl noch 42 betragen. Im Bereich der Kliniken hingegen ging die Zahl der Anträge auf Gewährung von Altersteilzeit von 11 im Jahr 2004 auf jetzt 10 zurück.

Am 31. Dezember 2005 betrug die Zahl der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung Rheinland 422. Die jahresdurchschnittliche Berechnung ergab eine Beschäftigungsquote von 8,24 Prozent; damit wurde die Pflichtquote von 6 Prozent um mehr als ein Drittel übertroffen.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten in der Hauptverwaltung stieg im Vergleich zum Vorjahr auf 41,82 Jahre (2004: 41,41 Jahre), im Bereich der Kliniken von 43,68 Jahren auf 44,24 Jahre.

Im Jahr 2005 vollendeten 34 Beschäftigte eine Dienstzeit von 40 Jahren und 158 Beschäftigte eine Dienstzeit von 25 Jahren im öffentlichen Dienst.

Aus- und Fortbildung

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Nordrhein-Westfalen. Schon im Jahr 2004 war die Situation eingetreten, dass nicht alle geprüften Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden konnten. Dies wird sich auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzen. Um der gesellschaftspolitischen Verantwortung den jungen Menschen gegenüber zu entsprechen, wollen wir dennoch weiterhin viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund sind wir einem Ausbildungspakt beigetreten und haben uns zum Ziel gesetzt, die Chancen der jungen Leute

Externe Betriebspraktika und weitere Zusatzqualifikationen

auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu werden wir in zusätzlichen Berufsbildern ausbilden, die Ausbildungsinhalte durch externe Betriebspraktika ergänzen und zertifizierte Zusatzqualifikationen anbieten.

Im Jahr 2005 standen 353 junge Männer und Frauen in einem Ausbildungsverhältnis bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland. Die beiden für einen Rentenversicherungsträger klassischen Ausbildungen zur/zum Sozialversicherungsfachangestellten und zur Verwaltungswirtin/zum Verwaltungswirt bilden weiterhin das Gros; es werden aber auch Kaufleute für Bürokommunikation sowie Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker im Bereich Anwendungsentwicklung ausgebildet.

Ausbildung

Die Ausbildungen der angehenden Sozialversicherungsfachangestellten, Kaufleute für Bürokommunikation und Fachinformatiker finden im dualen System statt. Das heißt, teils in der Deutschen Rentenversicherung Rheinland und teils an der Berufsschule.

Besonderheiten ergeben sich bei den Sozialversicherungsfachangestellten und den Fachinformatikern: Die Sozialversicherungsfachangestellten erhalten den fachtheoretischen Unterricht in den Fachgebieten Rehabilitationsrecht, Rentenrecht sowie

Versicherungs- und Beitragsrecht während der Ausbildung in der Praxis durch nebenamtliche Lehrkräfte der Deutschen Rentenversicherung Rheinland. Während ihrer Praxisphasen werden die Auszubildenden im Wesentlichen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Aus- und Fortbildung betreut. Sie werden in den Ausbildungsbereichen der Service-Zentren Düsseldorf und Köln an realen Akten auf ihr Aufgabengebiet vorbereitet. Zusätzlich werden die Lernenden in mehrwöchigen Anwendungsphasen an ihren zukünftigen Arbeitsplätzen in den übrigen Service-Zentren eingesetzt.

Die Ausbildung im Bereich Fachinformatik wird gemeinsam mit einem Kooperationspartner, der Firma Siemens Professionell Education (SPE Paderborn), durchgeführt. Während der Praxisphasen werden die Fachinformatiker in unserem Rechenzentrum, der ZRWest-GmbH, ausgebildet.

Die Ausbildung der künftigen Diplomverwaltungswirte besteht jeweils zur Hälfte aus einem Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und aus einer Praxisausbildung in der Deutschen Rentenversicherung Rheinland.

Die Ausbildung in der Praxis für die Kaufleute für Bürokommunikation erfolgt entsprechend dem Berufsbild in den Abteilungen

Verwaltung, Finanzen und Vermögen, Rehabilitationsgrundsätze und -einrichtungen wie auch bei der ZRWest GmbH.

Die notwendigen pädagogischen, methodischen und didaktischen Kenntnisse werden den an der Ausbildung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entsprechenden Lehrgängen und Seminaren vermittelt. Diese werden entweder von der Deutschen Rentenversicherung Bund oder als Inhouse-Schulungen durchgeführt.

Die folgende Tabelle zeigt, wie viele junge Menschen in den Jahren 2001 bis 2005

ihre Ausbildung in den verschiedenen Berufen bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland aufnahmen.

Fortbildung

Im Rahmen der Fortbildung bietet die Deutsche Rentenversicherung Rheinland den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die keine Ausbildung in unserem Haus absolviert haben, in verschiedenen Lehrgängen einen beruflichen Aufstieg bis hin zur/zum staatlich geprüften Sozialversicherungsfachangestellten. Dieses Ziel wurde im Berichtszeitraum von 77 Beschäftigten erreicht. Um unseren Mitarbeitern möglichst

Einstellung von Auszubildenden und angehenden Diplomverwaltungswirten

	2001	2002	2003	2004	2005
Hauptverwaltung					
Diplomverwaltungswirte	22	19	20	17	21
Sozialversicherungsfachangestellte	57	64	68	64	44
Kaufleute für Bürokommunikation	4	4	4	4	10
Fachinformatiker	8	8	8	8	8
Kaufleute im Gesundheitswesen					2
Kaufleute für Medien und Info-Dienste					1
Insgesamt	91	95	100	93	86
Kliniken					
Krankenschwestern/-pfleger, Operationstechnische Assistenten	3	9	8	6	5
Köche	4	5	3	5	2
Kaufleute für Bürokommunikation, Bürokaufleute	4	9	7	6	10
Insgesamt	11	23	18	17	17

rasch die bei der Organisationsuntersuchung festgelegten Änderungen zu vermitteln, finden zwei Fortbildungslehrgänge parallel statt.

Darüber hinaus wird Sozialversicherungsfachangestellten die Möglichkeit geboten, in Anlehnung an die Ausbildung zur Diplomverwaltungswirtin/zum Diplomverwaltungswirt die Qualifikation für die Übernahme einer Tätigkeit als Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter zu erwerben. Im Berichtsjahr qualifizierten sich 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diesem Weg zu Sachbearbeitern. Seit Juni 2005 laufen auch von diesen Lehrgängen jeweils zwei parallel.

Zu den Aufgaben des Bereichs Aus- und Fortbildung gehört auch die Einarbeitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die aus dem Erziehungsurlaub beziehungsweise der Elternzeit zurückkommen und in einem Service-Zentrum oder einem Bestandsdezernat eingesetzt werden sollen. Dasselbe gilt für Beschäftigte, die nach längerer Fehlzeit wieder an das alte Leistungsniveau herangeführt werden sollen. Im Jahr 2005 wurden 29 Mitarbeiterinnen so auf ihre künftige Arbeit vorbereitet.

Weiterbildung

Neben der rein fachspezifischen Fortbildung besitzt auch die Weiterbildung bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland einen hohen Stellenwert – so bieten wir unseren Beschäftigten in jedem Jahr eine Fülle von Seminaren und Schulungen an, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund, von anderen Fremdanbietern oder als Inhouse-Veranstaltungen durchgeführt werden. Insgesamt nahmen im Berichtsjahr 2.724 Mitarbeiter der Hauptverwaltung und der Kliniken an 549 Weiterbildungsveranstaltungen teil. An dieser Stelle wollen wir nur eine sehr kleine Auswahl aus dem vielfältigen Gesamtangebot an Veranstaltungen vorstellen.

Für den Betriebsprüfdienst boten wir externe und interne Seminare zu den Themenschwerpunkten Gesprächs- und Verhandlungsführung sowie Gesellschaftsrecht an. Die Sonderprüfer wurden in Deeskalationstechniken geschult.

Um die Sicherheit unserer Mitarbeiter im Beratungsbereich zu erhöhen, haben wir für sie drei dreitägige Deeskalationsseminare mit zwei anschließenden Reflexionstagen durchgeführt. Ziel der Veranstaltungen war es, den Teilnehmern zu vermitteln, wie sie mit Bedrohungs- und Stresssituationen besser umgehen können.

Personalsachbearbeiter der Hauptverwaltung und der Kliniken wurden in 4 zweitägigen Schulungen in das neue Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes eingeführt; Mitglieder des Personalrats besuchten ein zweitägiges Kompaktseminar.

Die Mitarbeiter des neu eingerichteten Referats Einkauf wurden 4 mal 2 Tage lang umfassend zur Materialwirtschaft und in einem zweitägigen Seminar zu den Grundlagen des Vergaberechts geschult.

Im Rahmen der vom Landesgleichstellungsgesetz vorgeschriebenen Schulungen für Frauen führten wir zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten 7 zweitägige Grundweiterbildungsmaßnahmen zum Thema „Selbstbehauptung für Frauen“ durch, denen jeweils eintägige Reflexionsseminare folgten. Ergänzt wurde die Seminarreihe um 2 zweitägige Aufbauveranstaltungen mit 3 eintägigen Reflexionstagen.

Zur Weiterbildung der Führungskräfte in der Deutschen Rentenversicherung Rheinland gehören Seminare zu den Grundlagen erfolgreicher Führung im Sinne der Unternehmensziele sowie zur Zusammenarbeit und zu den Anforderungen an Führungskräfte auf den zentralen Managementfeldern Leiten, Führen und Kommunikation. Im Berichtszeitraum wurden die neu hinzugekommenen Sachgebietsleiter der Haupt-

verwaltung und verstärkt die Führungskräfte der Kliniken in die aus 4 Bausteinen bestehende Seminarreihe einbezogen. So wurden für die Sachgebietsleiter der Hauptverwaltung 5 und für die Sachgebietsleiter der Kliniken 3 entsprechende Veranstaltungen durchgeführt. In etwas abgeänderter Form, die nur 2 Bausteine beinhaltet, fanden für Sachbearbeiter und Spitzensachbearbeiter außerdem 4 halbtägige Informationsveranstaltungen und insgesamt 25 dreitägige Schulungen statt.

Betriebliches Vorschlagswesen

Seit mehr als 30 Jahren nutzt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland mit dem Betrieblichen Vorschlagswesen das Praxis-Know-how ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um ihre Arbeitsabläufe und -bedingungen kontinuierlich zu verbessern – wir fordern die Beschäftigten also auf, uns zu beraten. Diesen Beratungsauftrag haben im Berichtszeitraum 297 Mitarbeiter angenommen, das sind fast 45 Prozent mehr als im Vorjahr. Wir freuen uns, dass die Bereitschaft, konstruktive Kritik zu äußern, in unserem Haus kontinuierlich zunimmt, denn dies leistet einen wertvollen Beitrag zur Unternehmensentwicklung.

Betriebsärztlicher Dienst

Die Mitarbeiter des Betriebsärztlichen Dienstes setzen mit ihrer Tätigkeit die staatlichen und die berufsgenossenschaft-

**Beratungsauftrag
an die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter**

Präventivmedizinisches Angebot gut angenommen

lichen Anforderungen an den medizinischen Arbeitsschutz um. Sie betreuen sowohl die Mitarbeiter der Hauptverwaltung als auch die der Service-Zentren und unterstützen die Klinikette bei der arbeitsmedizinischen Vorsorge, und zwar speziell durch die individuelle Beratung der Mitarbeiter zu ergonomischen Fragen.

Da die Anforderungen an das Sehvermögen unserer Mitarbeiter angesichts der zunehmenden Bildschirmarbeit wachsen und zudem das Durchschnittsalter der Beschäftigten kontinuierlich steigt, spielt das Thema Bildschirmarbeitsplatzbrillen eine immer größere Rolle. Im zurückliegenden Jahr hat der Betriebsärztliche Dienst – auf der Grundlage aktueller arbeitsmedizinischer Erkenntnisse – ein Konzept zur Versorgung fehlsichtiger Mitarbeiter mit entsprechenden Brillen entwickelt.

Um die für die Bildschirmarbeit typischen Gesundheitsbeschwerden zu vermeiden oder frühzeitig zu erkennen, wurden im Berichtszeitraum 982 Beschäftigte zu einer Vorsorgeuntersuchung gebeten.

Gemeinsam mit dem Bereich Arbeitssicherheit initiierte der Betriebsärztliche Dienst 2005 – wie schon 2003 – eine Gesundheitswoche. Den Mitarbeitern wurde ein umfangreiches Programm zu präventivmedizinischen

Themen geboten, dazu gehörte unter anderem die Beratung zu Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie zum Umgang mit psychomentalen Belastungen. Mit rund 800 Besuchern aus Hauptverwaltung und Service-Zentren erfreute sich die Gesundheitswoche wieder großer Resonanz.

Das Angebot zur Grippeimpfung, dem wirksamen Schutz gegen Influenza, nutzten im Berichtsjahr 960 Mitarbeiter. Das große Interesse führte der Betriebsärztliche Dienst auf die Besorgnis zurück, die die zahlreichen Berichte über die Vogelgrippe ausgelöst hatten.

Der Leiter des Betriebsärztlichen Dienstes hat weiter zur Aufgabe, die Einhaltung der betriebsärztlichen Auflagen der Klinikette zu überwachen. Dazu wurde ein Konzept entwickelt, das sicherstellt, dass die betriebsärztliche Betreuung der Klinikette den seit Januar 2005 verschärften gesetzlichen Anforderungen an eine arbeitsmedizinische Versorgung entspricht. Diese konzeptionelle Weiterentwicklung dient als Grundlage für die Implementierung eines Qualitätsmanagementsystems mit integriertem Arbeitsschutz in der Aggertalklinik, der Eifelklinik, der Lahntalklinik und der Klinik Niederrhein. In diesen Kliniken wird der Betriebsärztliche Dienst künftig das arbeits-

medizinische Kerngeschäft in Form der Vorsorge nach der Biostoffverordnung und der Gefahrstoffverordnung übernehmen. Zugleich koordiniert der Leiter des Betriebsärztlichen Dienstes die betriebsärztliche Betreuung der gesamten Klinikette, um eine effiziente, transparente und die Unternehmenskultur berücksichtigende arbeitsmedizinische Versorgung der Kliniken zu gewährleisten.

Arbeitssicherheit

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit der Deutschen Rentenversicherung Rheinland nehmen ihre Aufgaben entsprechend dem „Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (ASiG) wahr.

Gemäß Paragraf 6 ASiG haben die Fachkräfte für Arbeitssicherheit die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen der Arbeitssicherheit zu unterstützen.

Im Berichtszeitraum wirkten sie an Arbeitsschutzausschusssitzungen der Hauptverwaltung und der Kliniken mit. Hierbei ging es beispielsweise um Fragen rund um die Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen, aber auch um die Umsetzung eines Nicht-raucherschutzkonzepts oder die Neuerungen im Gefahrstoff- und Biostoff-Recht.

Eine große Aufgabe des Jahres 2005 bestand für den Bereich Arbeitssicherheit darin, die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems mit integriertem Arbeitsschutz in der Klinikette zu begleiten. Im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) koordiniert und realisiert er die von der BGW geforderten Arbeitsschutzmaßnahmen.

Um die Sicherheit und die Ergonomie der Arbeitsplätze in unserem Haus zu gewährleisten, führten die Fachkräfte für Arbeitssicherheit außerdem orientierende Messungen von Klimadaten und zu den Rahmenbedingungen der Bildschirmarbeit (Schallpegel, Beleuchtung, elektromagnetische Strahlung) durch, und sie überprüften die Klimaanlage der Hauptverwaltung im Hinblick auf die Keimbelastung.

Der Bereich Arbeitssicherheit führt überdies die Unfallstatistik. Im Berichtszeitraum gingen 92 (2004: 112) Unfallmeldungen aus allen Bereichen des Hauses ein. Diese gliedern sich in 42 (2004: 57) Arbeitsunfälle und 50 (2004: 55) Wegeunfälle auf. Damit ist sowohl die Zahl der Arbeitsunfälle als auch die der Wegeunfälle, ausgehend von dem bereits niedrigen Vorjahresniveau, nochmals gesunken.

DATENVERARBEITUNG UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK

Neuorganisation der Datenverarbeitung

Im Berichtsjahr wurden die IT-Abteilungen der Deutschen Rentenversicherung Rheinland und der Deutschen Rentenversicherung Westfalen in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen zusammengeführt: Die Zentrale Rechenzentrum West GmbH (ZRWest-GmbH) nahm am 1. Juni die Arbeit auf, die beiden Rentenversicherungsträger sind die ausschließlichen Kunden dieses Unternehmens. Wichtigstes Ziel der GmbH-Gründung ist es, zugleich die Wirtschaftlichkeit und die Servicequalität zu verbessern.

Die ZRWest-GmbH gliedert sich in fünf Geschäftsbereiche (Verwaltung, IT-Planung, Entwicklung, Produktion, Systemtechnik) und zwei Stabsstellen (IT-Management, User Helpdesk). Die beiden Standorte Düsseldorf und Münster mit insgesamt rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden gemeinsam gesteuert und verwaltet; so werden beispielsweise alle IT-Komponenten von Düsseldorf aus beschafft. Der Betrieb des Rechenzentrums verteilt sich auf die beiden Standorte: In Münster läuft der Großrechner und hier werden auch die Serversysteme betreut, in Düsseldorf findet der gesamte Druck und die optische Archivierung statt.

Zu den IT-Projekten des Jahres 2005 zählte die Vorbereitung der Einführung von Mitarbeiterchipkarten bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung. Die erforderlichen Zertifizierungsdienstleistungen werden zentral bei der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin erbracht. Das entsprechende Trustcenter erfüllt alle Anforderungen des Signaturgesetzes und kann damit qualifizierte Signaturen für alle Geschäftsprozesse in der Rentenversicherung erstellen. Die Kartenausgabe übernimmt jeder Träger selbst. Der hierfür erforderliche Zertifizierungsdienst wurde modellhaft bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland aufgebaut. Aufgabe der ZRWest-GmbH wird es sein, die Chipkarten an die Mitarbeiter unseres Hauses und die der Deutschen Rentenversicherung Westfalen auszugeben.

Als weiteres wichtiges IT-Thema beschäftigte die Rentenversicherungsträger im Berichtsjahr die digitale Vorgangsbearbeitung und Archivierung (diVA). In dem entsprechenden Projekt des Arbeitskreises für Informationstechnologie (AKIT) sollte gezeigt werden, dass durch vollelektronische Arbeitsabläufe sowohl die Qualität der Sachbearbeitung verbessert als auch die Bearbeitungszeiten verringert werden können. Der Nachweis konnte in Düsseldorf am Beispiel der Regelaltersrente geführt

werden. Zusätzlich wurde dabei der Weg zum papierarmen Büro aufgezeigt. Das Projekt wird nunmehr auf alle Altersrenten ausgeweitet und soll künftig in den Produktionsbetrieb beider Rentenversicherungsträger übernommen werden.

Die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Rentenversicherungssystem (GRVS) des AKIT bilden einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der ZRWest-GmbH. Im Kompetenzzentrum GRVS-Entwicklung werden 11 Programmbausteine des GRVS betreut. Diese müssen kontinuierlich den gesetzlichen Bestimmungen sowie den erforderlichen organisatorischen und technischen Änderungen angepasst werden.

In dem aktuellen Projekt „CONNECT“ arbeitet die ZRWest-GmbH daran, eine gemeinsame mandantenfähige GRVS-Version für ihre beiden Kunden aufzubauen, in der die Ablaufstrukturen für die Produktionsumgebung der Mandanten vereinheitlicht werden.

Parallel dazu wird – um weitere Synergieeffekte zu erzielen – auch eine Harmonisierung auf der Ebene der Systemtechnik verfolgt. Dazu werden die unterschiedlichen Systeme (wie etwa Server, Arbeitsplätze, Netze) sukzessive auf die gleiche Technologie umgestellt.

Insbesondere durch die beiden letztgesehenen Maßnahmen konnte die ZRWest-GmbH schon in ihren ersten Zwischenbilanzen nachweisen, dass sie den Gründungszweck, die IT-Kosten zu senken, erfüllen wird.

Klinikinformationssystem

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland ist damit befasst, ein Klinikinformationssystem aufzubauen. Dieses soll einen lückenlosen und automatisierten Informationsfluss sowohl zwischen den einzelnen Funktionsbereichen in den Kliniken als auch zwischen den Kliniken und der Hauptverwaltung gewährleisten. So haben wir ein Konzept und ein darauf basierendes Pflichtenheft für das öffentliche Vergabeverfahren erarbeitet. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens soll Mitte des Jahres 2006 mit der Umsetzung des Konzepts begonnen werden.

Datenschutz und IT-Sicherheit

Der Beauftragte für den Datenschutz wirkt darauf hin, dass die Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherung beachtet und die Regelungen des Geheimnisschutzes eingehalten werden. Im Vordergrund steht dabei der Schutz der Sozialdaten und der Personaldaten. Zu den Aufgaben des Datenschutzbeauftragten gehört es auch, die Ordnungsmäßigkeit

und die Sicherheit der Verfahrensabläufe sowie der angewendeten Datenverarbeitungsprogramme zu überwachen. Aus diesem Grund ist er über alle Vorhaben der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten und Sozialdaten rechtzeitig zu unterrichten und in grundlegenden Angelegenheiten zu beteiligen.

Der IT-Sicherheitsbeauftragte berät die Geschäftsführung in Fragen der IT-Sicherheit und unterstützt die einzelnen Bereiche der Deutschen Rentenversicherung Rheinland darin, ihre Aufgaben im Hinblick auf die IT-Sicherheit wahrzunehmen. Er koordiniert insbesondere IT-Sicherheitsziele mit den Unternehmenszielen, wirkt an IT-Sicherheitskonzepten mit und kontrolliert den Fortschritt der Realisierung von IT-Sicherheitsmaßnahmen.

QUALITÄTSSICHERUNG

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland ist ein Unternehmen der öffentlichen Hand. Es ist unsere Pflicht, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen sparsam und wirtschaftlich zu haushalten. Insbesondere der rasante wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel erfordert eine effiziente Qualitätssicherung, damit wir auch künftig erstklassige Dienstleistungen zur Zufriedenheit unserer Kunden erbringen können. Unser Ziel ist es, sowohl im Hinblick auf die Servicequalität als auch auf die Wirtschaftlichkeit eine Spitzenposition unter den Deutschen Rentenversicherungsträgern zu erreichen. Dazu tragen Maßnahmen wie Rechnungsprüfung und Controlling in hohem Maße bei.

Im Dezember 2005 wurden die Referate Controlling und Organisation zu einem gemeinsamen Referat zusammengelegt, um das betriebswirtschaftliche Know-how zu bündeln und noch zielgerichteter einsetzen zu können.

Controlling

Um den wirtschaftlichen Entwicklungen und den damit einhergehenden Anforderungen an die Unternehmensprozesse gerecht zu werden, hat die Deutsche Rentenversicherung Rheinland 1999 ein Control-

ling eingeführt. Controlling ist ein Führungsinstrument zur Planung, Steuerung und Koordination unternehmerischer Aktivitäten. Durch die Sammlung, Aufbereitung und detaillierte Analyse relevanter Informationen schafft das Controlling eine unternehmensweite Leistungs- und Kostentransparenz. Gezielte betriebswirtschaftliche Analysen, wie zum Beispiel Soll-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen, stellen eine kontinuierliche Kostenüberwachung sicher und erhöhen die Planungs- und Entscheidungssicherheit. Zudem werden mögliche „Kursabweichungen“ frühzeitig erkennbar; dies ermöglicht es, rechtzeitig gegenzusteuern und so die Wirtschaftlichkeit in allen Unternehmensbereichen weiter zu verbessern.

Kostenrechnung

Die seit dem Jahr 2001 bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland bewährte Kostenrechnung dient sowohl in der Hauptverwaltung als auch in den Kliniken als wesentliches Steuerungsinstrument; damit ist sie eine der tragenden Säulen des Controllings. Durch sie werden die Entscheidungsträger monatlich über alle Kosten informiert und Einsparpotenziale bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten aufgedeckt. Die Kostenrechnung bietet somit Ansatzpunkte zur wirtschaftlichen Optimierung der Unternehmensprozesse.

Ein wichtiges Instrument unserer Kostenrechnung stellen Hochrechnungen dar, die treffsichere Prognosen über die Kostenentwicklung in den einzelnen Unternehmensbereichen erlauben. Auf diese Weise wird frühzeitig erkennbar, ob die geplanten Wirtschaftlichkeitsziele erreicht werden können oder ob weitere Steuerungsmaßnahmen erforderlich sind.

Reporting

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Controllings ist die Konzeption und Erstellung eines betriebswirtschaftlichen Berichtswesens, also eines Reportings. Dieses liefert den Entscheidungsträgern regelmäßig steuerungsrelevante Informationen und zeigt den erforderlichen Handlungsbedarf auf.

Bereits 2004 wurde das Reporting für die Bereiche Versicherung, Rente und Rehabilitation etabliert, das die Leistung, die Qualität und die Kosten dieser Bereiche offen legt. Mit seiner Hilfe ist es möglich, auch unterjährig die Leistungsentwicklung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland in Vergleich zu derjenigen anderer Rentenversicherungsträger zu setzen. Dadurch werden die Potenziale zur Stärkung unserer Position im Wettbewerb der Deutschen Rentenversicherung klar erkennbar.

Im Berichtsjahr wurde zusätzlich für die Abteilung Sozialmedizin ein monatliches

Reporting eingeführt, das die Leistung, die Größe und die Kosten sowohl der ärztlichen Untersuchungsstellen als auch des ärztlichen Beratungsdienstes abbildet.

Organisation

Im Fachbereich Organisation der Deutschen Rentenversicherung Rheinland werden regelmäßig die Arbeitsabläufe und -gliederungen insbesondere daraufhin überprüft, ob die personelle Besetzung in der Zahl angemessen ist und ob die Mitarbeiter richtig qualifiziert sind. Ziel dabei ist, effektive und effiziente Arbeitsabläufe sicherzustellen und Optimierungspotenziale in der Aufbau-, Ablauf- und Sachmittelorganisation zu identifizieren. Anerkannte Berechnungsverfahren gewährleisten die Objektivität der Beurteilung.

Veränderungen in der Ablauf- und Aufbauorganisation ziehen häufig eine Umgestaltung von Arbeitsplätzen nach sich. Damit sich unsere Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen wohl fühlen, werden dabei selbstverständlich die sozialen, ergonomischen, technologischen und ökonomischen Erfordernisse berücksichtigt.

Einkauf

Die Geschäftsführung hatte im Jahr 2004 entschieden, die Beschaffungsverfahren in der Deutschen Rentenversicherung Rheinland neu zu strukturieren. In der Folge

**Referat Einkauf
gegründet**

wurde im April 2005 das Referat Einkauf gegründet. Dieses ist verantwortlich für die Entwicklung, Abstimmung und Koordination der technologischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine Neuausrichtung des Beschaffungswesens.

Dazu wurde zum einen die interne Organisation des Einkaufs umgebaut: Nunmehr fungieren die Einkaufsverantwortlichen als Manager einer bestimmten Warengruppe. Ihre zentrale Aufgabe ist die Bedarfsermittlung und -bündelung, jeweils in Abstimmung mit den einzelnen Bedarfsträgern. Dies hat sich bereits positiv auf die Einstandspreise ausgewirkt.

Zum anderen wurde eine einheitliche Einkaufssoftware vervollständigt: Zum 1. Juli 2005 wurde sowohl in der Hauptverwaltung als auch in der Klinikette ein Modul für das Materialmanagement implementiert. In Kombination mit den bereits bestehenden Modulen für die Finanzbuchhaltung und das Controlling gewährleistet es, dass alle betriebswirtschaftlich relevanten Prozesse von der Bestellung bis zur Abrechnung nach einheitlichen Standards abgewickelt werden.

Seit dem 1. Oktober 2005 steht für Materialien des täglichen Bedarfs – wie zum Beispiel Büromaterial oder medizinische Verbrauchsmaterialien – in unserem Intranet ein Katalogbestellsystem zur Verfügung.

Mehr als 400 Mitarbeiter in Hauptverwaltung, Service-Zentren und Kliniken haben Zugang zu dem System. Unsere Lieferanten sind vertraglich verpflichtet, innerhalb von 48 Stunden direkt an die Bedarfsstelle zu liefern. Künftig werden auch weitere Materialien sukzessive in das Katalogsystem aufgenommen, sofern sich hieraus wirtschaftliche Vorteile ergeben.

Der Technologieeinsatz ist selbstverständlich kein Selbstzweck, sondern er hat spürbare Verfahrensoptimierungen zum Ziel – einen verbesserten Service und kürzere Entscheidungswege. Dazu wird die gesamte Prozesskette im Hinblick auf Effizienz und Kosten betrachtet.

Ein erster positiver Effekt der standortübergreifende Bedarfsbündelung, des Abschlusses von Rahmenverträgen und der Nutzung eines Katalogbestellsystems ist bereits sichtbar: Das Büromateriallager in der Hauptverwaltung wurde durch die Just-in-time-Belieferung der Bedarfsstellen überflüssig und zum 30. September 2005 geschlossen.

Im nächsten Schritt werden interne Lieferanten, wie zum Beispiel das Broschürenlager, an das Katalogsystem und die Einkaufssoftware angebunden. Damit wird auch die Bestellung von Briefumschlägen und Papier elektronisch abgewickelt.

Zum 1. Februar 2006 änderte sich das Vergaberecht, also die Regeln über die Vergabe öffentlicher Aufträge durch öffentliche Auftraggeber. Diese Änderungen wurden in unserer Vergabesoftware bereits berücksichtigt. Nunmehr wird im Beschaffungsverfahren eine Software eingesetzt, die den Nutzer von der Veröffentlichung der Ausschreibung bis zur Zuschlagserteilung durch den gesamten Vergabeprozess begleitet. Das System speichert alle rechtlich relevanten Daten und Dokumente und gewährleistet durch entsprechende Plausibilitätsprüfungen die Rechtskonformität des Verfahrens. In diesem Zusammenhang haben wir einen weiteren Meilenstein erreicht: die Anbindung einer elektronischen Vergabepattform, die innerhalb des Vergabeverfahrens eine gesicherte elektronische Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bieter ermöglicht.

Finanzbuchhaltung

Seit der Einführung von SAP im Juli 2005 verfügen Hauptverwaltung (Zentrale Finanzbuchhaltung, Controlling, Einkauf) und Klinikette über eine einheitliche betriebswirtschaftliche Software. Damit änderten sich zahlreiche Arbeitsabläufe, etwa in der Kreditorenbuchhaltung, der Anlagenbuchhaltung oder beim internen Kontrollsystem. Bis zum Ende des Berichtsjahres konnten auch die mit der Umstellung verbundenen Folgearbeiten in den

komplexen Bereichen Debitorenbuchhaltung und Kasse weitgehend abgeschlossen werden.

Kostenrechnung in den Kliniken

Die Kostenrechnung als wichtiges Element des Controllings ist in allen Kliniken der Klinikette als Steuerungsinstrument etabliert. Hier sorgt sie dafür, dass die Kosten verursachungsgerecht verteilt werden, und liefert den Verantwortlichen so zeitnah Informationen über die Kostenstruktur und die Kostenhöhe. Werden diese ins Verhältnis zu den erbrachten Leistungen gesetzt, ergeben sich klare Aussagen über die Wirtschaftlichkeit des Klinikgeschäfts. Darüber hinaus bietet die Kostenrechnung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland als Trägerin Grundlagen für strategische Entscheidungen.

Klinikreporting

Die Quartalsberichte der Kliniken, in denen die Entwicklung der wesentlichen betrieblichen Kennzahlen dargestellt wird, enthalten seit 2004 auch Aussagen zur therapeutischen Leistungsfähigkeit sowie zur Patientenzufriedenheit. Hierdurch wurde die für strategische Entscheidungen wesentliche Transparenz weiter verbessert. Nunmehr können sich die Kliniken auch in diesen Kategorien mit den übrigen Kliniken der Klinikette vergleichen, Optimierungspotenziale erkennen und erschließen.

Im Berichtsjahr wurden die Lageberichte der Klinikette überarbeitet; in der aktuellen Form stellen sie die wesentlichen Punkte wie den Geschäftsverlauf, die Höhepunkte des abgelaufenen Geschäftsjahres sowie die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Kliniken dar.

Qualitätsmanagement unserer Rehabilitationskliniken

Unsere Reha-Kliniken stehen vor besonderen Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Auftrag und Wettbewerb. Um einerseits diesen Herausforderungen gewachsen zu sein und andererseits die gesetzlichen Anforderungen (Paragraf 135 Sozialgesetzbuch V, Paragraf 9 Sozialgesetzbuch VI und Paragraf 20 Sozialgesetzbuch IX) zu erfüllen, muss die Qualität der in den Kliniken erbrachten Dienstleistungen durch eine effiziente Aufbau- und Ablaufstruktur sichergestellt und dokumentiert werden.

Hierzu haben wir begonnen, ein Qualitätsmanagementsystem mit integriertem Arbeitsschutz in den sechs Reha-Kliniken zu implementieren. Das Pilotprojekt in der Nordseeklinik Borkum konnte 2005 mit der erfolgreichen Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2000 abgeschlossen werden. In den fünf anderen Kliniken ist eine Zertifizierung für das Jahr 2006 vorgesehen. Zudem ist in der Ruhrlandklinik das für

den Akutbereich entwickelte so genannte KTQ-System – Kooperation für Transparenz und Qualität im Krankenhaus – so weit eingeführt, dass auch hierfür die Zertifizierung im Jahr 2006 erfolgen kann.

Rechnungsprüfung

Nach Paragraf 31 der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV) ist die Jahresrechnung, die im Einzelnen die Haushalts- und die Vermögensrechnung umfasst, durch die für den Versicherungsträger eingerichteten (internen) Prüfstellen zu prüfen. Die Prüfstelle der Deutschen Rentenversicherung Rheinland ist das Referat Rechnungsprüfung. Es übernimmt neben der Prüfung der Jahresrechnung auch die Aufgabe der Innenrevision.

Die Prüfungen werden nach der vom Vorstand am 14. Februar 1996 verabschiedeten Prüfordnung für die Rechnungsprüfung/Interne Revision (POR/IR) vorgenommen. Sie umfassen die Einhaltung der von der gesetzlichen Rentenversicherung anzuwendenden Gesetze und Verordnungen, die formelle und materielle Ordnungsmäßigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit des gesamten Handelns aller Bereiche der Deutschen Rentenversicherung Rheinland. Die Auswahl der Prüfthemen erfolgt risikoorientiert, vor allem unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben und der

**Reha-Kliniken
im Spannungsfeld
zwischen öffentlichem Auftrag
und Wettbewerb**

Unternehmensziele. Im Fokus stehen dabei häufig die Funktionsfähigkeit, die Sicherheit und die Verlässlichkeit der internen Kontrollsysteme.

Die Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen werden in der Regel im Nachhinein durchgeführt. Sie beschränken sich auf Stichproben, wenn diese gewährleisten, dass mögliche Mängel oder Schwachstellen erkannt werden. Soweit der Arbeitsablauf dies zulässt, werden Vorgänge auch schon geprüft, bevor sie zum Beispiel mit Versenden eines Bescheids oder einer Mitteilung abgeschlossen werden. System- und Verfahrensprüfungen haben insbesondere die Wirtschaftlichkeit von Arbeitsabläufen zum Gegenstand. Zunehmend werden auch prozessbegleitende Prüfungen durchgeführt. Der Rechnungsprüfung/Internen Revision kommt im Rahmen solcher Prüfungen auch eine Beratungsfunktion zu.

Die Ergebnisse sämtlicher Prüfungen fließen letzten Endes in das Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung im weiteren Sinn ein. Im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung im engeren Sinn werden nach Paragraph 4 der Verordnung über den Zahlungsverkehr, die Buchführung und Rechnungslegung in der Sozialversicherung (SVRV) in Verbindung mit Paragraph 7 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswesen in der Sozialversi-

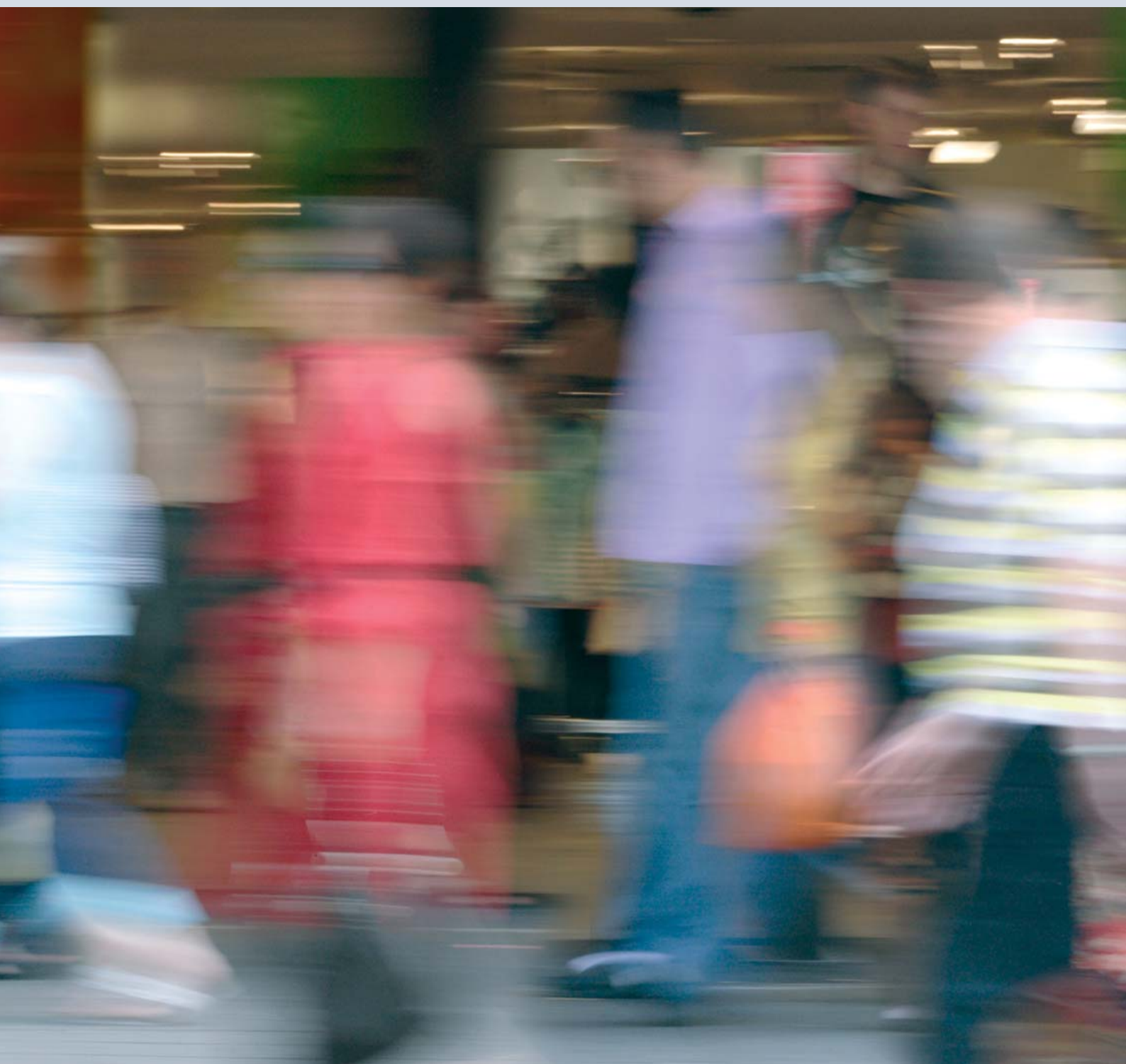
cherung (SRVwV) die Kasse und die Buchhaltung, die Nebenkassen, die Betriebskassen und die Zahlstellen geprüft. Außerdem ist die auf der Basis des Haushaltsplans 2005 erfolgte Haushalts- und Wirtschaftsführung laufend überwacht worden. Die in der Erfolgsrechnung aufgeführten Einnahmen und Ausgaben wurden daraufhin geprüft, ob sie mit den Beträgen übereinstimmen, die in den Büchern über die Rechnungslegung nachgewiesen sind. Die Prüfungen der Rechnungsprüfung/Internen Revision erstrecken sich auch auf andere Stellen, die unmittelbar oder mittelbar Zuwendungen erhalten, wie zum Beispiel die Berufsförderungswerke Dortmund und Oberhausen, die Berufstrainingszentren in Duisburg und in Dortmund oder auch die Gesellschaft zur Förderung der Lufthygiene und Silikoseforschung in Düsseldorf.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2004 ergab, dass diese mit ihren Bestandteilen und Anlagen den einschlägigen Vorschriften entspricht. Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland nahm am 14. Dezember 2005 auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses die Jahresrechnung 2004 ab und erteilte Vorstand und Geschäftsführung Entlastung.

Die Anforderungen an jeden Einzelnen sind hoch. Viele Menschen teilen sich zwischen Beruf und Familie, jeder möchte seine Freundschaften und Hobbys pflegen. Hinzu kommen Notwendigkeiten wie Anschaffungen oder auch: die finanzielle Vorsorge für das Rentenalter. Zeit und Orientierung sind kostbarer denn je.

Gerade wo die Entscheidungen große Tragweite haben, ist verlässliche Beratung gefragt, eine, die zugleich umfassend ist und auf den Punkt kommt. Dafür steht die Deutsche Rentenversicherung Rheinland. Wir sprechen kein Fachchinesisch, wo Klartext gefordert ist, und nehmen keine Ausflüchte, wo eindeutige Antworten gefragt sind. Ob im persönlichen Gespräch, am Telefon oder per E-Mail: Wir sind für unsere Kunden da.





JAHRESABSCHLUSS

Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2005

68

AKTIVA

	2005 EUR	2004 EUR
Barmittel und Giro Guthaben	2.314.603,71	802.276,53
Termin- und Spareinlagen, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Wertpapiere mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten	30.674.014,37	154.087.602,72
Forderungen	401.476.874,48	322.313.457,63
Schuldverschreibungen (einschließlich verzinslicher Schatzanweisungen) mit einer vereinbarten Laufzeit von 1 Jahr bis einschließlich 4 Jahre	--	--
Schuldbuchforderungen, Schuldverschreibungen und Anleihen (einschließlich verzinslicher Schatzanweisungen) mit vereinbarter Laufzeit von über 4 Jahren	2.903.061,66	3.388.686,79
Darlehen	--	--
Grundpfandrechte, Grundstücke und Beteiligungen	31.676.489,57	26.578.458,70
Verwaltungsvermögen	377.332.344,38	375.872.640,72
Rechnungsabgrenzung und sonstige Aktiva	550.854.948,69	1.130.521.137,91
Summe	1.397.232.336,86	2.013.564.261,00

PASSIVA

	2005 EUR	2004 EUR
Kurzfristige Kredite	--	--
Verpflichtungen	541.260.277,75	412.314.773,72
Verwahrungen	7.518.843,65	5.404.632,84
Versorgungsrücklage	2.334.493,30	1.836.847,33
Aufgenommene Darlehen und Liquiditätshilfe des Bundes	--	--
Passive Grundpfandrechte	--	--
Rechnungsabgrenzung und sonstige Passiva	1.741.712,26	446.070.222,05
Reinvermögen (Überschuss der Aktiva)	844.377.009,90	1.147.937.785,06
Summe	1.397.232.336,86	2.013.564.261,00

Erfolgsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2005

70

AUFWAND

	2005 EUR	2004 EUR
Leistungen zur Teilhabe		
Med. und erg. Leistungen (ohne Kontengruppen 41 und 42)	88.263.919,47	96.159.668,78
Med. und erg. Leistungen wegen Abhängigkeitserkrankungen	32.856.801,49	33.874.722,54
Med. und erg. Leistungen wegen psychischer Erkrankungen	26.381.840,56	21.313.508,58
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und erg. Leistungen	81.229.494,03	77.689.535,63
Sozialversicherungsbeiträge für Rehabilitanden	16.403.268,41	21.930.287,02
Erstattungen für Leistungen zur Teilhabe	4.200.519,68	3.045.920,45
Nicht begrenzte sonstige Leistungen nach § 31 SGB VI	10.144.958,41	10.582.362,64
Begrenzte sonstige Leistungen nach § 31 SGB VI	8.808.343,67	9.971.487,33
Renten, Zusatzleistungen, Leistungen für Kindererziehung, PVdR, KVdR und Beiträgerstattungen		
Durch die Post gezahlte Renten	10.222.420.164,67	12.200.279.147,12
Unmittelbar gezahlte Renten	11.357.669,20	13.530.254,07
Sonstige Rentenleistungen	361.996.700,19	420.770.776,04
Zusatzleistungen und Leistungen für Kindererziehung	55.758.190,04	77.141.466,24
Aufwendungen für die PVdR	39.973,72	25.635.873,59
Überführte Leist. aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen nach dem AAÜG und gleichgestellte Leist. nach dem ZVsG	--	--
Aufwendungen für die KVdR	700.488.336,69	866.851.699,65
Beiträgerstattungen	4.895.741,08	6.054.875,37
Vermögensaufwendungen und sonstige Aufwendungen		
Schuldzinsen	--	--
Sonstige Vermögensaufwendungen	1.347.622,30	3.391.236,67
Verluste der Aktiva und der Passiva	163.955,68	13.442.471,68
Ausgaben für den Finanzausgleich	0,00	0,00
Sonstige Aufwendungen	11.474.034,97	16.122.827,89
Verwaltungs- und Verfahrenskosten		
Gehälter, Löhne und Sozialversicherungsbeiträge	122.607.635,06	122.473.392,60
Versorgungsbezüge, Beihilfen, Unterstützungen und Fürsorgeleistungen	18.118.623,21	18.074.009,20
Personalbezogene Sachkosten	260.626,80	136.085,72
Allgemeine Sachkosten der Verwaltung	9.969.834,61	10.655.990,44
Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude und technischen Anlagen	12.078.611,53	11.995.844,42
Fahrzeuge und bewegliche Einrichtung	10.173.912,87	13.385.932,86
Aufwendungen für die Selbstverwaltung	423.488,45	420.986,73
Kosten der Rechtsverfolgung	1.933.960,55	1.901.118,54
Kosten des Sozialmedizinischen Dienstes	10.605.706,56	10.647.510,60
Vergütungen an andere für Verwaltungszwecke	34.244.086,09	29.549.585,19
Überschuss der Erträge	--	--
Summe	11.858.648.019,99	14.137.028.577,59

ERTRAG

	2005 EUR	2004 EUR
Beiträge, Zuschüsse und Erstattungen aus öffentl. Mitteln		
Pflichtbeiträge	5.446.486.512,73	7.129.297.333,19
Freiwillige Beiträge und Höherversicherungsbeiträge	17.729.109,02	19.346.998,20
Weitere Pflichtbeiträge	907.829.955,87	1.498.237.407,53
Sonstige Beiträge	1.696.934,22	2.051.556,61
Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen aus dem Beitragseinzugsverfahren, Buß- und Zwangsgelder	5.537.896,95	9.971.515,97
Einnahmen aus Bundesmitteln	4.498.431.976,18	5.307.892.625,26
Erstattungen von den Versorgungsdienststellen	22.876.790,43	29.426.089,53
Sonstige Erstattungen aus öffentlichen Mitteln	--	--
Vermögenserträge, sonstige Erstattungen und sonstige Einnahmen		
Zinsen	5.703.025,42	8.291.794,52
Sonstige Vermögenserträge	39.677,03	46.261,64
Ersatz und Erst. sowie Zuzahlungen für Leistungen zur Teilhabe	2.962.878,39	3.016.396,80
Ersatz und Erst. für Renten, Zusatzleist. u. Beitragserstattungen	47.458.014,46	58.076.822,46
Ersatz und Erst. für Beitragsanteile und -zuschüsse zur KVdR und PVdR	2.151.201,88	2.927.603,67
Gewinne der Aktiva und der Passiva	317.461,58	1.676.418,32
Einnahmen aus dem Finanzausgleich	591.574.808,71	-109.715.601,98
Sonstige Einnahmen	4.291.001,96	3.362.146,49
Überschuss der Aufwendungen	303.560.775,16	173.123.209,38
Summe	11.858.648.019,99	14.137.028.577,59

STATISTIKEN

72

1 Auslastung der Kliniken der Klinikette (in %)

	2002	2003	2004	2005
Nordseeklinik Borkum, Borkum	91,71	80,40	85,59	97,26
Aggertalklinik, Engelskirchen	96,80	95,52	93,90	94,08
Eifelklinik, Manderscheid	92,86	97,72	67,84*	85,48*
Lahntalklinik, Bad Ems	97,94	96,48	96,26	95,37
Klinik Niederrhein, Bad Neuenahr	87,70	87,44	94,20	84,71
Klinik Roderbirken, Leichlingen	95,34	92,42	89,95*	80,81*
Durchschnittliche Auslastung	93,97	91,88	88,23	89,62

* Belegungsausfälle wegen Baumaßnahmen

2 Gesamtmaßnahmen des Zukunftskonzepts Kliniken und ihr Einsparpotenzial 2005

	Einsparpotenzial		Umsetzungsstatus		Zielerreichung „EUR/Pflegetag“ in %
	Vollzeit- kräfte	EUR/ Pflegetag	Vollzeit- kräfte	EUR/ Pflegetag	
Borkum	30,40	20,50	28,06	20,17	98,39
Engelskirchen	23,37	16,47	12,37	15,76	95,69
Manderscheid	37,95	24,60	29,44	19,28	78,37
Bad Ems	14,90	9,32	7,62	5,55	59,55
Bad Neuenahr	15,50	11,93	13,43	8,83	74,02
Leichlingen	38,55	26,32	23,82	20,95	79,60

3 Verteilung der Beitragseinnahmen auf die Einzugsstellen 2005

Einzugsstelle	Anzahl	Beitragseinnahmen in EUR	in %
Allgemeine Ortskrankenkasse * ¹	2	2.062.364.866,82	38,47
Innungskrankenkasse	1	283.284.514,61	5,28
Betriebskrankenkassen	37	2.497.735.610,67	46,58
Ersatzkassen	1	518.251.990,19	9,67
Insgesamt	41	5.361.636.982,29	100,00

* Die Allgemeine Ortskrankenkasse arbeitet mit insgesamt 28 und die Innungskrankenkasse mit 8 Regionaldirektionen.

4 Säumniszuschläge 2005

Einzugsstellen	Beträge in EUR
Allgemeine Ortskrankenkasse	2.260.209,64
Innungskrankenkasse	439.114,05
Betriebskrankenkassen	1.597.490,58
Ersatzkassen	535.715,54
Insgesamt	4.832.529,81

5 Einzugsstellenvergütung 2005

Einzugsstellen	Beträge in EUR
Allgemeine Ortskrankenkasse	
Innungskrankenkasse	
Betriebskrankenkassen	
Ersatzkassen	
	19.292.000,00
Insgesamt	19.292.000,00

6 Widerspruchseingänge in den jeweiligen Fachbereichen

	2001	2002	2003	2004	2005
Versichertenservice	1.269	917	1.248	1.697	1.195
Rentenservice	10.216	7.955	10.914	12.506	10.458
Rehabilitationsservice	2.228	2.037	2.179	2.013	2.129
Betriebsprüfung	489	507	506	550	435

7.1 Rentenzahlungen ins Ausland

Wohnland	Zahlfälle	Monatsbetrag EUR
Ägypten	9	3.763,42
Albanien	2	500,47
Algerien	57	8.269,81
Andorra	11	2.352,51
Argentinien	436	154.755,15
Australien	151	40.248,27
Belgien	36.736	3.302.860,23
Benin	3	688,74
Bolivien	16	5.469,17
Botsuana	2	222,90
Brasilien	470	137.534,51
Bulgarien	5	906,60
Ceuta und Melilla	8	1.065,27
Chile	422	144.041,61
Costa Rica	6	2.426,12
Dänemark	2	437,80
Dominikanische Republik	25	9.748,74
Ecuador	14	5.513,46
El Salvador	4	1.796,78
Eritrea	1	58,38
Fidschi	1	977,60
Frankreich	35	9.215,37
Ghana	4	1.657,41
Griechenland	6	1.451,40
Großbritannien und Nordirland	11	5.607,86
Guatemala	5	2.512,54
Honduras	1	688,27
Hongkong	7	2.237,51

Wohnland	Zahlfälle	Monatsbetrag EUR
Indien	26	5.776,61
Indonesien	3	1.645,67
Iran	10	2.909,66
Israel	11.903	6.163.745,17
Italien	13	2.653,88
Jamaika	1	723,44
Jordanien	67	13.810,28
Kambodscha	1	704,65
Kanada	27	8.812,22
Katar	2	418,73
Kenia	7	4.419,53
Kolumbien	52	19.266,27
Kuba	2	1.523,97
Lettland	5	1.013,39
Libanon	6	1.800,94
Libysch-Arabische Dschamahirija	1	157,63
Liechtenstein	2	133,02
Litauen	2	1.536,34
Luxemburg	4	535,32
Mazedonien ehem. Jugoslawische Republik	2	1.297,89
Malawi	1	761,24
Malaysia	1	149,10
Marokko	1	532,14
Mauritius	5	1.770,83
Mexiko	57	18.716,04
Namibia	58	20.219,38
Neukaledonien	1	228,02
Neuseeland	21	6.161,48

7.2 Rentenzahlungen ins Ausland

Wohnland	Zahlfälle	Monatsbetrag EUR
Niederlande	7	2.306,07
Niederländische Antillen	1	313,23
Nigeria	3	312,09
Norwegen	2	255,80
Österreich	10	3.908,34
Pakistan	15	4.059,69
Panama	2	307,44
Paraguay	30	8.778,76
Peru	18	7.372,20
Philippinen	63	33.083,98
Polen	11	4.038,43
Portugal	2	1.312,42
Republik Korea	2	851,28
Republik Singapur	2	1.003,63
Rumänien	25	9.324,21
Russische Föderation	5	2.600,63
Sambia	1	72,39
Serbien und Montenegro	2	278,41
Schweden	1	817,09
Schweiz	43	13.755,13
Seychellen	1	758,03
Simbabwe	8	2.811,26
Slowakei	9	1.296,20
Slowenien	5	838,04
Somalia	1	973,71
Spanien	140.363	34.635.599,80
Sri Lanka	5	2.714,87
Südafrika	570	159.825,84

Wohnland	Zahlfälle	Monatsbetrag EUR
Swasiland	2	891,29
Syrien	11	3.456,40
Taiwan	2	482,20
Tansania	3	336,55
Thailand	81	54.854,11
Togo	1	609,47
Tonga	1	49,31
Tschechische Republik	19	4.238,79
Türkei	7	749,85
Tunesien	1	84,92
Ukraine	4	874,88
Ungarn	51	21.866,65
Uruguay	73	27.184,07
USA	77	24.859,27
Venezuela	61	16.935,66
Vereinigte Arabische Emirate	1	1.270,12
Vietnam	6	1.167,06
Volksrepublik China	3	782,25
Westbank via Israel	33	6.380,11

Rentenzahlungen ins Ausland erfolgten in insgesamt 108 Länder mit 192.461 Zahlfällen.

8 Bewilligung von Leistungen zur Teilhabe nach Antragsarten

Antragsart	2005	2004	Veränderung in %
Normale medizinische Leistungen zur Rehabilitation	28.548	28.547	0,0
Entwöhnungsbehandlungen zulasten der Deutschen Rentenversicherung Rheinland	5.170	5.099	+1,4
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	18.650	14.307	+30,4
Krebsnachbehandlungen	5.520	6.381	-13,5
Kinderheilbehandlungen	2.076	2.025	+2,5
Auftrags- und sonstige Leistungen*	1.063	1.123	-5,3
Insgesamt	61.022	57.482	+6,2

* Bei diesen Anträgen handelt es sich überwiegend um Leistungen wegen einer Abhängigkeits-
erkrankung, die im Auftrag der Krankenversicherung bearbeitet worden sind.

9 Durchschnittlich belegte Betten in Vertragskliniken 2005 (Anzahl der Betten)

Orthopädische Erkrankungen	286
Krankheiten der Atmungsorgane	7
Psychische Erkrankungen	156
Neurologische Erkrankungen	131

10 Durchschnittliche Fallkosten für stationäre Leistungen in Vertragskliniken 2005

Indikationen	Beträge in EUR
Orthopädische Erkrankungen	2.918
Krankheiten der Atmungsorgane	2.314
Psychische Erkrankungen	4.960
Neurologische Erkrankungen	5.519

11 Medizinische Leistungen wegen Abhängigkeitserkrankungen

Bewilligungen nach Leistungsträger und Art der Suchtbehandlung

Art der Sucht- behandlung	2005			2004			Veränderung in % (Gesamt)
	Leistungen zulasten Rentenver- sicherung	Leistungen zulasten Krankenver- sicherung	Gesamt	Leistungen zulasten Rentenver- sicherung	Leistungen zulasten Krankenver- sicherung	Gesamt	
Entwöhnungs- behandlungen	4.115	925	5.040	4.098	974	5.072	-0,6
Ambulante/ Teilstationäre Rehabilitation	1.055	126	1.181	1.001	139	1.140	+3,6
Insgesamt	5.170	1.051	6.221	5.099	1.113	6.212	+0,1

12 Medizinische Leistungen wegen Abhängigkeitserkrankungen

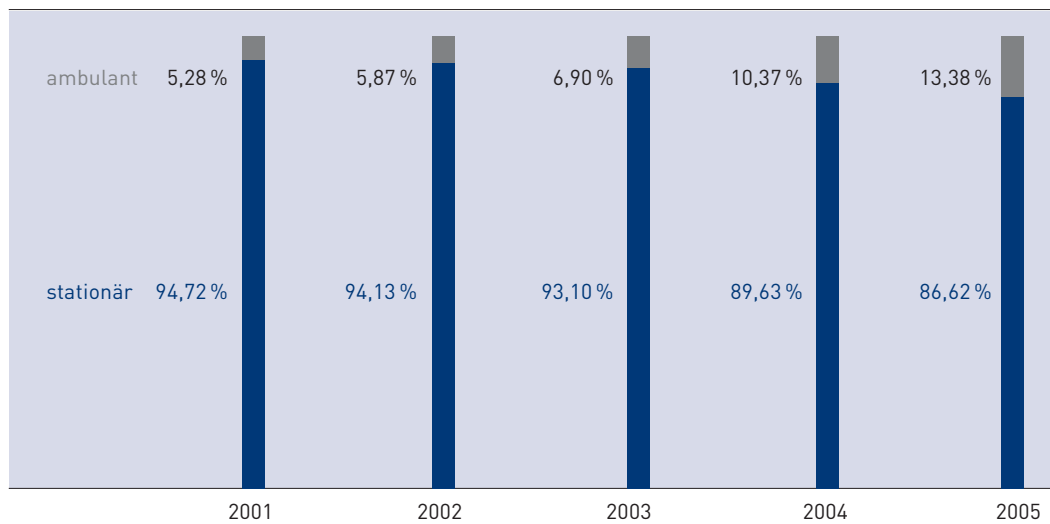
Bewilligungen von Leistungen wegen einer Abhängigkeitserkrankung zulasten der Deutschen Rentenversicherung Rheinland nach Krankheitsgruppen und Geschlecht

Art der Abhängigkeits- erkrankung	2005			2004			Veränderung in % (Gesamt)
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	
Alkoholabhängigkeit	2.294	452	2.746	2.302	410	2.712	+1,3
Medikamentenabhängigkeit	40	7	47	32	17	49	-4,1
Drogenabhängigkeit	1.065	134	1.199	762	94	856	+40,1
Mehrfachabhängigkeit	1.016	162	1.178	1.327	155	1.482	-20,5
Insgesamt	4.415	755	5.170	4.423	676	5.099	+1,4

13 Übersicht über die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 2005

Art der Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben	Bewilligungen
Verfahren zur Auswahl von Leistungen, Bedingte Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	12.996
Leistungen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes (zum Beispiel Arbeitsplatzvermittlungen, Arbeitsplatzumsetzungen)	745
Berufsvorbereitung (zum Beispiel Reha-Vorbereitungslehrgänge, Fernvorförderung)	1.195
Leistungen der beruflichen Bildung (zum Beispiel Aus- und Weiterbildungen, Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen)	2.116
Leistungen in einer Werkstatt für behinderte Menschen	892
Rehabilitation psychisch Kranker	34
Kfz-Hilfen	43
Leistungen an Arbeitgeber (zum Beispiel Eingliederungshilfen, Zuschüsse)	629
Insgesamt	18.650

14 Verhältnis stationärer und ambulanter Leistungen zur Teilhabe in %*



* Ohne Sucht-, Krebs- und Kinderheilbehandlungen

ORGANE

SELBSTVERWALTUNG

Am 1. Juni 2005 fanden die Sozialversicherungswahlen für die 10. Sozialwahlperiode in der gesetzlichen Rentenversicherung statt. Für die Deutsche Rentenversicherung Rheinland wurde dabei sowohl auf Arbeitgeber- wie auch auf Versichertenseite jeweils nur eine Vorschlagsliste eingereicht; damit galten die benannten Vertreter nach Paragraph 28 der Wahlordnung für die Sozialversicherung (SVWO) ohne Wahlhandlung als gewählt.

Im Zuge der Sozialversicherungswahlen kam es zu großen personellen Veränderungen in den Gremien der Selbstverwaltung. Zahlreiche Selbstverwaltungsmitglieder, die sich viele Jahre lang mit großem Einsatz für die Interessen der Versicherten und der Arbeitsgeber engagiert hatten, schieden aus ihrem Ehrenamt aus. Sie wurden bei der letzten Vertreterversammlung der 9. Sozialwahlperiode am 28. April 2005 in Wuppertal geehrt und verabschiedet.

Die neu gewählte Vertreterversammlung konstituierte sich am 6. Juli 2005 in der Hauptverwaltung in Düsseldorf. Am selben Tag fand auch die Wahl und die konstituierende Sitzung des neuen Vorstands statt. Zu den ersten wesentlichen Aufgaben der neuen Vorstandsmitglieder zählten die Aufstellung des Haushaltsplans 2006 sowie die

Verabschiedung der Stellenpläne und Einstellungskontingente für das kommende Haushaltsjahr.

Von besonderer Bedeutung nicht nur für die Selbstverwaltung, sondern für unser Unternehmen insgesamt ist die Vertretung und Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Rentenversicherung Bund. In deren Vertreterversammlung entsenden wir zwei Repräsentanten. Die Mandate werden vom Vorsitzenden unserer Vertreterversammlung Karl Osinski und vom Vorstandsvorsitzenden und Arbeitgebervertreter Günter Mauer wahrgenommen. Zudem wählte der Vertreterversammlungsausschuss für Haushalt und Organisation Günter Mauer zu einem seiner Vorsitzenden.

Im Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund wird die Deutsche Rentenversicherung Rheinland durch ihren Vorstandsvorsitzenden Walter Haas vertreten. Walter Haas wurde außerdem zu einem der beiden Vorsitzenden des Vorstandsausschusses für Organisation und Personal gewählt. Über diese Gremienarbeit wird die Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland in der Lage sein, stärker als bisher beim Bundesträger Impulse zu geben und richtungsweisende Entscheidungsprozesse für die gesamte Deutsche Rentenversicherung verantwortungsvoll mitzugestalten.

I. VERTRETERVERSAMMLUNG

Vertreter der Versicherten

Karl Osinski (im Vorsitz)	Essen	Gero Schneider	Köln
Reiner Baars	Moers	Peter Schumacher	Düsseldorf
Rolf Braun	Düren	Gisela Stahlhofen	Köln
Bernhard Cwiklinski	Essen	Wilhelm Stein	Bornheim
Dr. Viola Denecke	Ratingen	Detlef Steinfeld	Mülheim
Lothar Dröse	Wuppertal	Kurt Wellhausen	Köln
Michael Foitlinski	Geldern	Peter Werner	Köln
Jürgen Glaubitz	Düsseldorf	Sigrid Wolf	Grevenbroich
Heinrich-Dieter Heimann	Wuppertal	Hans-Jürgen Wolter	Düren
Bernd Hinz	Leverkusen	Günter Zirbi	Duisburg
Angelika Jenner	Essen		
Manfred Königs	Krefeld		
Josef-Franz Krettek	Neuss		
Wilhelm Kurz	Köln		
Reinhard Link	Wuppertal		
Giovanna Lombardo	Krefeld		
Michael Mahlke	Remscheid		
Ludwig Prinz	Hürtgenwald		
Ursula Röhrig	Köln		
Ronald Schläfke	Erkrath		

Vertreter der Arbeitgeber

Dr. Hermann Peter Wohlleben	Köln
(im Vorsitz)	
Dr. Bernd Andresen	Düsseldorf
Franz-Josef Arndt	Wachtberg
Sabine Arnold	Duisburg
Hans-Otto Bute	Monheim
Walter Dohr	Mönchen- gladbach
Thomas Dopheide	Düsseldorf
Gabriele Dreier-Heitfeld	Köln
Reinhard Elzer	Bergisch-Gladbach
Dr. Rudolf Fauß	Köln
Michael Frenking	Brühl
Friedhelm Gante	Wiehl
Wolfgang Illmann	Düsseldorf
Rudolf Jaeger	Krefeld
Peter Klahn	Wermelskirchen
Richard Koch	Düsseldorf
Klaus Liewald	Neuss
Wolfgang Lorz	Hilden
Günter Nauck	Krefeld
Bertram Graf von Nesselrode	Grevenbroich
Jörg Ottemeier	Xanten
Marc Peschel	Düsseldorf
Rudolf Peters	Solingen
Herbert Pinell	Aldenhoven
Hans-Peter Pollmann	Solingen
Wolfgang Reß	Frechen
Frank Schneider	Duisburg
Markus Schoeller	Nideggen
Günter Schulze	Langenfeld
Elke Spurtzem	Köln

Haushaltsausschuss**Gruppe der Versicherten**

Sigrid Wolf (im Vorsitz)
Reiner Baars
Michael Foitlinski
Rainer Pfuhl

Gruppe der Arbeitgeber

Dr. Bernd Andresen (im Vorsitz)
Sabine Arnold
Friedhelm Gante
Wolfgang Illmann

Rechnungsprüfungsausschuss**Gruppe der Versicherten**

Klaus Helmes (im Vorsitz)
Rolf Braun
Michael Polacek
Ursula Röhrig

Gruppe der Arbeitgeber

Friedhelm Gante (im Vorsitz)
Manfred Henricks
Hans Liebwerth
Hans-Peter Pollmann

Widerspruchsausschüsse

Aus- schüsse	Vertreter der Versicherten	Vertreter der Arbeitgeber
I.	G. Lombardo J. Glaubitz	W. Dohr K. Tuschhoff
II.	K. Helmes M. Polacek	Hans Lieberwerth T. Dopheide
III.	P. Schumacher D. Steinfeld	W. Illmann R. Droste
IV.	Dr. V. Denecke J.-F. Krettek	S. Arnold W. Lorz
V.	M. Königs R. Pfuhl	F. Gante W. Reiß
VI.	M. Foitlinski F. Schnellenkamp	M. Peschel M. Henricks
VII.	B. Cwiklinski B. Hinz	Dr. W. Klitzsch R. Peters
VIII.	R. Baars J. Simon	Dr. R. Sibben H.-P. Pollmann
IX.	H. Opdelocht R. Braun	J. Brüggemann E. Spurtzem
X.	W. Stein L. Prinz	J. Pleuß R. J. Hanel

II. VORSTAND**Vertreter der Versicherten**

Walter Haas (im Vorsitz)	Düsseldorf
Winfried Fockenberg	Bottrop
Wilhelm Germuth	Duisburg
Wilfried Hülsberg	Düsseldorf
Hermann-Josef Hübelbeck	Mülheim

Vertreter der Arbeitgeber

Günter Mauer (im Vorsitz)	Heiligenhaus
Dietmar Meder	Düsseldorf
Ernst-Günther Schöps	Düsseldorf
Eckhard Ulrich	Ratingen
Dr. Frank Wackers	Düsseldorf
Jutta Willach	Troisdorf

Bau- und Finanzausschuss**Gruppe der Versicherten**

Walter Haas (im Vorsitz)

Wilhelm Germuth

Gregor Jüsten

Gruppe der Arbeitgeber

Günter Mauer (im Vorsitz)

Ernst-Günther Schöps

Dietmar Meder

Ausschuss für Rehabilitation**Gruppe der Versicherten**

Hermann-Josef Hübelbeck (im Vorsitz)

Wilfried Hülsberg

Gruppe der Arbeitgeber

Eckhard Ulrich (im Vorsitz)

Jutta Willach

Personalausschuss**Gruppe der Versicherten**

Winfried Fockenberg (im Vorsitz)

Wilfried Hülsberg

Gruppe der Arbeitgeber

Eckhard Ulrich (im Vorsitz)

Dr. Frank Wackers

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Heiner Horsch (Vorsitzender)

Heinz Krumnack

Annegret Kruse

SERVICE-ZENTREN UND KLINIKEN

SERVICE-ZENTREN UND KLINIKEN

Stand: 31.12.2005

87



- EIFELKLINIK MANDERSCHIED
- KLINIK NIEDERRHEIN BAD NEUENAHN-ADRWEILER
- LAHNTALKLINIK BAD EMS
- NORDSEEKLINIK BORKUM

SERVICE-ZENTREN UND KLINIKEN

SERVICE-ZENTREN

Service-Zentrum Aachen

Benediktinerstraße 39, 52066 Aachen

Telefon: 02 41/60 96-02

Telefax: 02 41/60 96-49 61

E-Mail: service-zentrum.aachen@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Duisburg

Hohe Straße 32, 47051 Duisburg

Telefon: 02 03/28 19-01

Telefax: 02 03/28 19-19 61

E-Mail: service-zentrum.duisburg@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Bonn

Rabinstraße 6, 53111 Bonn

Telefon: 02 28/28 08-01

Telefax: 02 28/28 08-19 61

E-Mail: service-zentrum.bonn@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Essen

Hindenburgstraße 88, 45127 Essen

Telefon: 02 01/18 98-01

Telefax: 02 01/18 98-19 61

E-Mail: service-zentrum.essen@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Düren

Goethestraße 4, 52349 Düren

Telefon: 0 24 21/4 82-01

Telefax: 0 24 21/4 82-19 61

E-Mail: service-zentrum.dueren@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Gummersbach

Singerbrinkstraße 41, 51643 Gummersbach

Telefon: 0 22 61/8 05-01

Telefax: 0 22 61/8 05-19 61

E-Mail: service-zentrum.gummersbach@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Düsseldorf

Königsallee 71, 40215 Düsseldorf

Telefon: 02 11/9 37-37 28

Telefax: 02 11/9 37-30 96

E-Mail: service-zentrum.duesseldorf@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Kleve

Bensdorpstraße 12, 47533 Kleve

Telefon: 0 28 21/5 84-01

Telefax: 0 28 21/5 84-19 61

E-Mail: service-zentrum.kleve@

drv-rheinland.de

Service-Zentrum Köln

Lungengasse 35, 50676 Köln
Telefon: 02 21/33 17 - 01
Telefax: 02 21/33 17 - 19 61
E-Mail: service-zentrum.koeln@
drv-rheinland.de

Service-Zentrum Wuppertal

Wupperstraße 14, 42103 Wuppertal-Elberfeld
Telefon: 02 02/45 95 - 01
Telefax: 02 02/45 95 - 19 61
E-Mail: service-zentrum.wuppertal@
drv-rheinland.de

Service-Zentrum Krefeld

Grenzstraße 140, 47799 Krefeld
Telefon: 0 21 51/5 34 - 01
Telefax: 0 21 51/5 34 - 19 61
E-Mail: service-zentrum.krefeld@
drv-rheinland.de

Service-Zentrum Leverkusen

Heinrich-von-Stephan-Str. 24, 51373 Leverkusen
Telefon: 02 14/83 23 - 01
Telefax: 02 14/83 23 - 19 61
E-Mail: service-zentrum.leverkusen@
drv-rheinland.de

Service-Zentrum Mönchengladbach

Lürriper Straße 52,
41065 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 61/4 97 - 01
Telefax: 0 21 61/4 97 - 19 61
E-Mail: service-zentrum.moenchengladbach@
drv-rheinland.de

KLINIKEN**Nordseeklinik Borkum**

Bubertstraße 4, 26757 Borkum

Telefon: 0 49 22/9 21 -01

Telefax: 0 49 22/9 21 -19 61

www.nordseeklinik-borkum.de

Klinik Roderbirken, Leichlingen

Roderbirken 1, 42799 Leichlingen

Telefon: 0 21 75/82 -01

Telefax: 0 21 75/82 -19 61

www.klinik-roderbirken.de

Aggertalklinik, Engelskirchen

Am Sondersiefen 18, 51766 Engelskirchen

Telefon: 0 22 63/93 -0

Telefax: 0 22 63/93 -19 61

www.aggertalklinik.de

Eifelklinik, Manderscheid

Mosenbergstraße 19, 54531 Manderscheid

Telefon: 0 65 72/9 25 -01

Telefax: 0 65 72/9 25 -19 61

www.eifelklinik.de

Lahntalklinik, Bad Ems

Adolf-Bach-Promenade 11, 56130 Bad Ems

Telefon: 0 26 03/9 76-01

Telefax: 0 26 03/9 76-19 61

www.lahntalklinik.de

Ruhrlandklinik, Essen

Tüschener Weg 40, 45239 Essen

Telefon: 02 01/4 33-01

Telefax: 02 01/4 33-19 65

www.ruhrlandklinik.de

Klinik Niederrhein, Bad Neuenahr

Hochstraße 13/19, 53474 Bad Neuenahr

Telefon: 0 26 41/7 51-01

Telefax: 0 26 41/7 51-19 61

www.klinik-niederrhein.de

VERSICHERTENÄLTESTE

Regierungsbezirk Düsseldorf

92

Stadt Düsseldorf

Krettek, Josef-Franz
Kamillianerstraße 6
41464 Neuss

Stadt Düsseldorf

Opdelocht, Hans
Höhenstraße 70
40227 Düsseldorf

Stadt Düsseldorf

Röhl, Manfred
Reichenbacher Weg 31
40627 Düsseldorf

Stadt Düsseldorf

Sievers, Jörg
Bonnenring 37
47877 Willich

Stadt Duisburg

Germuth, Wilhelm
Am Helpoot 16
47178 Duisburg

Stadt Duisburg

Schoofs, Paul
Annastraße 3
47239 Duisburg

Stadt Duisburg

Schulz, Bernard
Raiffeisenstraße 61 f
47259 Duisburg

Stadt Essen

Cwiklinski, Bernhard
Brigittastraße 6
45130 Essen

Stadt Essen

Herrmann, Wilhelm
Asbeckstraße 29
45356 Essen

Stadt Essen

Middeldorf, Wilhelm
Weserstraße 79
45136 Essen

Stadt Essen

Seidler, Eckard
Ofterdingenstraße 67
45279 Essen

Stadt Essen

Völker, Karl-Heinz
Herthastraße 8
45131 Essen

Stadt Krefeld

Geerts, Kurt
Vulkanstraße 184
47807 Krefeld

Stadt Oberhausen

Sonkes, Bernd
Ebertstraße 57
46045 Oberhausen

Stadt Krefeld

Thomaßen, Wilhelm
Pastorsbusch 42
47918 Tönisvorst

Stadt Oberhausen

Steinfeld, Detlef
Arndtstraße 23
45473 Dinslaken

Stadt Mönchengladbach

Jansen, Erwin
Barbarastraße 7
41066 Mönchengladbach

Stadt Remscheid

Arnold, Klaus
Eugenstraße 1
42897 Remscheid

Stadt Mönchengladbach

Schrodt, Michael
Geistenbecker Straße 13
41199 Mönchengladbach

Stadt Remscheid

Sell, Annemarie
Vieringhausen 117
42857 Remscheid

Stadt Mülheim/Ruhr

Schmitz, Hans-Dieter
Strippchenschhof 13
45479 Mülheim/Ruhr

Stadt Solingen

Dinger, Hans Helmut
Rölscheider Straße 59
42657 Solingen

Stadt Mülheim/Ruhr

Tendick, Rudolf
Teutonenstraße 41
45478 Mülheim/Ruhr

Stadt Solingen

Leopold, Klaus Heinrich
Grünewalderstraße 60
42657 Solingen

Stadt Wuppertal

Drost, Wolfgang
Goetheplatz 10
42327 Wuppertal

Stadt Wuppertal

Herrmann, Ulf-Achim
Friedrichshöhe 7
42369 Wuppertal

Stadt Wuppertal

Sochacki, Peter
Dahler Berg 28
42389 Wuppertal

Kreis Kleve

Bleeck, Heinrich
Leeger-Weezer-Weg 57
47574 Goch

Kreis Kleve

Jasbinschek, Bodo
Mühlenstraße 84
47661 Issum

Kreis Kleve

van Brackel, Leo
Marienblum 20
47546 Kalkar

Kreis Kleve

van der Lugt, Helmut
Ahornweg 9
46446 Emmerich

Kreis Mettmann

Kleine, Rolf
Am Löken 28
40885 Ratingen

Kreis Mettmann

Lukas, Jürgen
Kunkelsberg 26
45239 Essen

Kreis Mettmann

Marcinkowski, Marian-Josef
Clarensbachsweg 12
40724 Hilden

Kreis Mettmann

Rogowski, Karin
Meisenburg 1
40822 Mettmann

Kreis Neuss

Ambrosius, Ansgar
Bergheimer Straße 458
41466 Neuss

Kreis Neuss

Becker, Bartel
Lorbeerstraße 7
41466 Neuss

Kreis Neuss

Bolten, Wilhelm
Lange Hecke 71
41462 Neuss

Kreis Neuss

Schmitz, Rolf
Dahlienstraße 31
41466 Neuss

Kreis Viersen

Bolten, Edmund
Lüttelforster Straße 21
41366 Schwalmtal

Kreis Viersen

Hegenberg, Raimund
Von-Behring-Straße 33
47906 Kempen

Kreis Viersen

Holstein, Norbert
Kolpingstraße 9
47929 Grefrath

Kreis Wesel

Görtzen, Friedel
Akazienweg 15
46485 Wesel

Kreis Wesel

Kodytek, Ralf
Liebrechtstraße 95 A
47445 Moers

Kreis Wesel

Plaschke, Robert
Adlerstraße 61
47441 Moers

Kreis Wesel

Scholz, Klaus-Werner
Rolandstraße 47
46539 Dinslaken

VERSICHERTENÄLTESTE

Regierungsbezirk Köln

Stadt Aachen

Kohl, Franziska
Ellerstraße 40
52078 Aachen

Stadt Bonn

Kunz, Viktor
Ankerstraße 11
53757 Sankt Augustin

Stadt Bonn

Stein, Willi
Auf der Erk 2
53123 Bonn

Stadt Bonn

Zimmer, Wilfried
Carl-Duisberg-Straße 75
53121 Bonn

Stadt Köln

Guenther, Ekkehard
Dellbrücker Mauspfad 206
51069 Köln

Stadt Köln

Hilmer, Josef
Amberweg 12
50767 Köln

Stadt Köln

Jentsch, Roland
Anemonenweg 7
50259 Pulheim

Stadt Köln

Rusch, Wolfgang
René-Bohn-Straße 9
51061 Köln

Stadt Köln

Ueresin, Kamil
Sieversstraße 20
51103 Köln

Stadt Leverkusen

Radcke, Ernst-Otto
Oswald-Spengler-Straße 52
51377 Leverkusen

Stadt Aachen

Povazson, Andreas
Ulmenstraße 2
52477 Alsdorf

Kreis Düren

Alfes, Siegmar
Pfarrer-Ossemann-Straße 9
52379 Langerwehe

Kreis Düren

Haustein, Klaus Friedrich
Kroschstraße 27
52445 Titz

Kreis Düren

Katzenbauer, Hans-Georg
Valencienner Straße 237
52355 Düren

Kreis Düren

Matter, Jürgen
Auf der Heide 13
52428 Jülich

Kreis Düren

Nießen, Peter
Ketteler Straße 53
52353 Düren

Erftkreis

Bensch, Hans-Kurt
Villestraße 3
50321 Brühl

Erftkreis

Matysiak, Stefan
Herderstraße 5
50354 Hürth

Erftkreis

Puth, Bernd
Liebigstraße 2
50389 Wesseling

Erftkreis

Schmitz, Johann
Karlstraße 17
53919 Weilerswist

Kreis Euskirchen

Reibold, Hans-Georg
Kettenweg 14
53909 Zülpich

Kreis Euskirchen

Junker, Heinz-Bert
Hinterseiffen 22
53940 Hellenthal

Kreis Heinsberg

Deußen, Inge
Am Krähenwald 11
52525 Heinsberg

Kreis Heinsberg

Rongen, Barthel
Kreuzstraße 36
52525 Waldfeucht-Schöndorf

Kreis Heinsberg

Willms, Johannes
Ochsenbend 8
41836 Hückelhoven-Rurich

Oberbergischer Kreis

Schoppmann, Hans-Peter
Bitzenweg 47
51674 Wiehl

Oberbergischer Kreis

Thienert, Werner
Zur alten Heide 15
51580 Reichshof-Sinspert

Rheinisch-Bergischer-Kreis

Gondolf, Ernst-Walter
Pilgerstraße 5
51491 Overath

Rheinisch-Bergischer-Kreis

Heider, Wilhelm
Im Aspert 10 b
51465 Bergisch-Gladbach

Rheinisch-Bergischer-Kreis

Irlenbusch, Josef
Großer Busch 43
51467 Bergisch-Gladbach

Rhein-Sieg-Kreis

Boden, Ewald
Zum Altenforst 7
53840 Troisdorf

Rhein-Sieg-Kreis

Geus, Rudolf
Unterstraße 134
53859 Niederkassel-Rheidt

Rhein-Sieg-Kreis

Rath, Peter
Luise-Otto-Str. 25
53840 Troisdorf

Rhein-Sieg-Kreis

Reusch, Peter
Kronenstraße 21
53347 Alfter

ORGANISATIONSPLAN

Vertreterversammlung

Arbeitgebervertreter	Versichertenvertreter
Dr. Hermann Peter Wohlleben Vorsitzender	Karl Osinski Vorsitzender

Vorstand

Arbeitgebervertreter	Versichertenvertreter
Günter Mauer Vorsitzender	Walter Haas Vorsitzender

Geschäftsführung

Heiner Horsch Vorsitzender	Heinz Krumnack	Annegret Kruse
--------------------------------------	-----------------------	-----------------------

Referate/Bereiche

Selbstverwaltung Holger Baumann	Controlling Hans Wortmann	Betriebsärztlicher Dienst Dr. Klaus-Jochen Leemhuis
Geschäftsführung Dr. Bernd Kleine-Voßbeck	Rechnungsprüfung Franz-Wilhelm Hausmann	Arbeitssicherheit Hugo Garschagen
Einkauf Michael Frey	Öffentlichkeitsarbeit Karl peter Arens	Unternehmensentwicklung Beatrix Hausmann

Abteilungen

Verwaltung Volker Härtter	Rehabilitationsgrund- sätze und -einrichtungen Joachim Schneider-Bodien	Personalrat Günter Roggenkamp
Finanzen und Vermögen Karl-J. Hußmann	Ärztlicher Dienst Dr. Cornelia Büchner	Gesamtpersonalrat Helmut Mirbach
Versicherung, Rente und Rehabilitation (zentral) Thomas Göhde	Organisation und Informationsverarbeitung Herbert Kaiser	Gleichstellungsbeauftragte Doris Möllmann-Fink
Versicherung, Rente und Rehabilitation (dezentral) Dietmar Laubenstein	Bauangelegenheiten Peter Buciek	Schwerbehinderten- vertretung Beate Christine Pepper

IMPRESSUM

Deutsche Rentenversicherung Rheinland

Königsallee 71, 40215 Düsseldorf

Telefon: 02 11/937-0

Telefax: 02 11/937-3096

E-Mail post@deutsche-rentenversicherung-rheinland.de

www.deutsche-rentenversicherung-rheinland.de

Bürgertelefon: 0800/100 04 80 13

Konzept und Gestaltung

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Fotograf

Christoph Heidelauf

Druck

Service-Druck Kleinherne GmbH & Co. KG, Neuss

